



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2018/2021
5. Sitzung	Mittwoch, 26. September 2018 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Christian Keller, Präsident
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiber II
Stimmenzähler	Andreas Baumgartner Ralph Hunziker
Anwesend	37 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Simon Knecht
Entschuldigt	Christine Brüesch Stefan Semela André Kummer
Ende der Sitzung	23.30 Uhr

Behandelte Geschäfte		Seite
1	2018/39 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	99
2	2018/40 Aufgaben- und Finanzplanung 2019 - 2023	99
3	2018/41 Budget 2019	104
4	2018/42 Termine 2019	
5	2016/24 Gemeindeführung Obersiggenthal	
	a) Beantwortung des Postulats Erich Schmid, CVP, betreffend Prüfung einer Geschäftsleitung	
	2017/13 b) Bewilligung von 60-Stellenprozent für die Einführung einer Geschäftsleitung in der Verwaltung	
	c) Anpassung der Anstellungsbedingungen des Gemeindeammanns und Entschädigung der Mitglieder des Gemeinderates	
6	2018/43 Umfrage	

Christian Keller, Präsident: Ich begrüsse euch zur 5. Einwohnerratssitzung in dieser Legislatur. Es haben sich folgende Ratsmitglieder für die heute Einwohnerratssitzung entschuldigt: Christine Brüesch, Stefan Semela und André Kummer. Weiss jemand wo Denise Hunziker ist? Wir nehmen an sie kommt noch. Ebenfalls entschuldigt hat sich die Aargauer Zeitung, Peter Kramer hat mich wissen lassen, dass er leider verhindert ist. Es sind somit 37 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 19.

1 2018.39 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Christian Keller: Zum **Formellen:** Sie haben die Traktandenliste zusammen mit den Unterlagen rechtzeitig erhalten.

Zu den **Mitteilungen:** Ich habe ein Rücktrittsschreiben von Christine Brüesch erhalten, sie teilt mit, dass sie ihren Rücktritt aus dem Einwohnerrat Obersiggenthal per 31. Oktober 2018 gibt. Das Schreiben wird vorgelesen. Vom Gemeinderat gibt es heute keine Mitteilungen.

Wir haben noch einen **Neueingang** zu verzeichnen, es ist ein Postulat von den Grünen, welche eine Konsultativabstimmung für den geplanten Martinsbergtunnel verlangt.

2 2018.40 Aufgaben- und Finanzplanung 2019 - 2023

Christian Keller: Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen, nimmt Einsitz.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Einwohnerrat nimmt den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis. Es gibt zu diesem Geschäft keine Abstimmung. Die Voten, die dazu gehalten werden, dienen dem Gemeinderat lediglich als Anregung.

Linus Egger, Gemeinderat: Ich habe die Unterlagen, die sie erhalten haben, auf ein paar wenige Folien komprimiert, worauf die wichtigsten Sachen aufgeführt sind.

Was sind die Einflussfaktoren? Bei den Einkommens- und Vermögenssteuern haben wir mit einer Wachstumsrate von 1% gerechnet. Beim Sach- und Betriebsaufwand, beim Transferaufwand und beim Personalaufwand wurde mit einer Zuwachsrate von je 1% gerechnet. Diejenigen die sich noch an das letzte Jahr erinnern können, dort stand beim Personalaufwand noch 1.5%, das wurde auf 1% korrigiert. Selbstverständlich wird das im Budget immer wieder neu verhandelt, das ist einfach die Basis, so dass wir es auf die nächsten fünf Jahre berechnen können. Der Steuerfuss für 2019 liegt bei 105%. Anschliessend ist ein höherer Steuerfuss eingetragen, damit die Investitionen, die jetzt im Aufgaben- und Finanzplan sind, für die nächsten fünf Jahre abgebildet, getätigt werden können.

Beim operativen Ergebnis ist eine Null bzw. ein leichtes Minus zu sehen.

Bei der Auswertungsreserve hatte es letztes Jahr noch einen Betrag von CHF 1,25 Mio. Dieser Betrag wird nun um die Hälfte entnommen, gemäss kant. Bewilligung, die besagt, dass bis im Jahr 2020 daraus Geld genommen werden darf.

Ab 2020 muss jeweils das operative Ergebnis angeschaut werden, dieses ist massgebend für den Steuerfuss. Die Nettoschulden steigen von Aktuell CHF 20 Millionen auf voraussichtlich

CHF 35 Millionen im Jahr 2023. Darin sind das Schulhaus sowie das Schwimmbad berücksichtigt. Beim Schwimmbad werden momentan die Betonelemente untersucht, ob diese noch halten oder saniert werden müssen. Der Bericht liegt noch nicht vor. Sobald die Zahlen bekannt sind, werden diese noch berücksichtigt. An der nächsten Einwohnerratsitzung im November 2018, kommt der Kreditantrag betreffend Sanierung des Hallen- und Gartenbads.

Der Selbstfinanzierungsgrad ist für das Budget nicht so schlecht, weil wir an und für sich auch weniger Investitionen haben. Bei den Investitionen gibt es einen Unterschied im Budget zum Aufgaben- und Finanzplan. Im Budget dürfen nur Investitionen stehen, die bewilligt sind, im Aufgaben- und Finanzplan sind alle Investitionen aufgelistet.

Die Differenz zwischen dem Selbstfinanzierungsgrad und den Nettoinvestitionen für die kommenden Jahre zeigt, dass die Nettoverschuldung massiv ansteigen würde. Im Jahr 2023 sind es CHF 35 Millionen, das ist aus Sicht des Gemeinderates nicht tolerierbar. Die Investitionen müssen etappiert werden. Die Steuereinnahmen stagnieren und die Kosten steigen weiter an. Es müssen weiterhin sowohl die Ertrags- wie auch die Aufwandseite angeschaut werden. Im Jahr 2023 müssen die Investitionen noch weiter heruntergefahren werden, sonst belaufen sich die Schulden dann auf CHF 35-40 Millionen. Dort müssen sicher noch Massnahmen ergriffen werden. (Anhang einer Folie wird die Nettoverschuldung von 1994 bis heute aufgezeigt).

Die Gebühren für das Wasser, Abwasser und die Abfallentsorgung wurde bereits letztes Jahr angesprochen. Diese müssen angepasst werden, damit die Schulden erträglich bleiben, trotz den Investitionen. Aktuell haben wir noch ein Guthaben von CHF 1,7 Mio. auf dem Bankkonto. Durch die Investitionen würde es eine Verschuldung von CHF 2 Millionen geben. Der Gemeinderat hofft, dass mit dieser Gebührenerhöhung die Nettoschuld in den nächsten Jahren wieder gesenkt werden können.

Bei der Abwasserbeseitigung wird im Budget 2019 eine Gebührenerhöhung von CHF 1.80 auf CHF 2.10 beantragt. Ich werde dann in der Budgetpräsentation noch aufzeigen, was der Preisüberwacher für eine Meinung zu dieser Gebührenerhöhung abgegeben hat. Für viele ist es vielleicht überraschend, aber das ist neu, dass man das dort auch einreichen muss. Die Stellungnahme vom Preisüberwacher hat der Gemeinderat heute Morgen erhalten.

Mit dieser Erhöhung haben wir im Jahr 2023 eine Nettoschuld von rund CHF 1.5 Millionen. Momentan gibt es noch ein Guthaben von rund CHF 2.2 Millionen. Durch die anfallenden Investitionen müssen die Gebühren aber zwingend erhöht werden.

Bei der Abfallentsorgung bleiben die Gebühren unverändert. Im nächsten Jahr der Gemeinderat zusammen mit der Finanzkommission die Gebühren für Wasser, Abwasser und Abfallentsorgung nochmals angeschaut werden. Zudem muss überprüft werden, ob es noch zusätzliche Investitionen für die Abfallwirtschaft im technischen Zentrum braucht. Wenn dies nicht der Fall ist, dann ist es möglich, dass die Gebühren evtl. gesenkt werden. Eine Senkung der Grundgebühren um CHF 5, würde eine Reduktion der Einnahmen von ca. CHF 20'000 geben. Aber wie gesagt, das ist ein Thema im Gemeinderat und in der Finanzkommission sowie im Einwohnerrat auf das Budget 2020.

Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Beim Aufgaben- und Finanzplan 2019 bis 2023 sieht man, dass auf 2020 hin eine Steuerfusserhöhung auf 110% geplant ist. Bis jetzt konnten die erfolgten Steuerfusserhöhungen nicht in die Investitionen umgesetzt werden. Die Mehreinnahmen wurden in der laufenden Rechnung von der Pflegefinanzierung, den steigenden Sozialhilfekosten sowie der Kinderbetreuung aufgefressen. Diese Kosten sind nicht beeinflussbar. Wir können bei den Investitionen, nur immer das dringlichste realisieren, doch irgendwann holt uns diese Notwendigkeit auch ein. Wir sind gezwungen, in gewissen Bereichen zu investieren. Natürlich ist der Aufgaben- und Finanzplan ein Arbeitsinstrument des Gemeinderates. Der Plan sieht zwei grosse Projekte vor, wie Linus Egger schon gesagt hat, nämlich der Schulhausneubau und die Sanierung des Hallen- und Gartenbades. Diese Projekte können wir aber nur stemmen, wenn der Steuerfuss auch entsprechend angepasst wird. Da braucht es sicher

noch eine grosse Überzeugungsarbeit auch in der Bevölkerung. Leider besteht momentan keine Möglichkeit, irgendwelche schöne Visionen zu planen, dafür sind unsere Finanzen viel zu fest aus dem Gleichgewicht gefallen. Die Nettoverschuldung von CHF 3'000 pro Einwohner, das ist auch das Legislaturziel des Gemeinderates, wird bis Ende Legislatur soweit eingehalten, aber bereits schon im Jahr 2022 sehen wir, dass es nicht mehr der Fall sein wird.

In den Finanzplänen der Eigenwirtschaftsbetriebe, ist für uns in der Finanzkommission alles nachvollziehbar. Deshalb stimmen wir auch der Gebührenerhöhung beim Abwasser zu.

Christian Keller: Gibt es Fraktionsmeinungen zum Aufgaben- und Finanzplan? Wie gesagt, es kann nur darüber diskutiert aber nicht abgestimmt werden. Ich bitte darum, dass man jetzt die Meinungen zum Aufgaben- und Finanzplan und nicht zum Budget äussert.

Erich Schmid: Erneut hat man Priorisierungen aufgrund der finanziell angespannten Lage gemacht und deshalb wurden Projekten auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Neue Positionen, die wir festgestellt haben, sind der Ersatz der mechanischen Leiter für die Feuerwehr sowie die bereits beschlossene Sanierung an der General-Guisan-Strasse und der Rahmenkredit für Massnahmen im Zusammenhang mit dem Projekt SIBANO. Eine massive Änderung hat sich beim Hallen- und Gartenbad ergeben, im letzten Aufgaben- und Finanzplan ist man noch von guten CHF 3 Millionen ausgegangen, neu sind CHF 8 Millionen eingestellt. Das ist eine ganz massive Erhöhung und wir erwarten, dass die Massnahmen sehr gut überlegt sind. Bei so hohen Kosten ist wohl eine Etappierung absolut notwendig.

Ebenfalls auffällig ist, dass neu verschiedene Planungskredite aufgeführt sind, die über das Konto der Mehrwertabgabe kompensiert werden, insgesamt sind das CHF 910'000. Die Mehrwertabgabe ist natürlich explizit für solche Aufgaben vorgesehen. Auch wenn die Ausgaben die Einwohnerkasse nicht direkt belasten, so muss auch dieses Geld aber trotzdem gezielt und sinnvoll eingesetzt werden.

Beim Aufgaben- und Finanzplan sieht man, dass trotz der Verschiebungen und Priorisierungen durch den Gemeinderat, im Jahr 2020 eine 5 statt 3-prozentige Steuerfusserhöhung gemacht werden muss. Eine Erhöhung des Steuerfusses ist aufgrund des Aufgaben- und Finanzplanes wohl unumgänglich, eine 5-prozentige Erhöhung ist im Einwohnerrat und anschliessend beim Volk sicher schwierig durchzubringen.

Bei den Aufgaben der Wasserversorgung ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei der Einwohnergemeinde. Verschiedene Projekte wurden verschoben, insbesondere die Sanierung der Hertensteinstrasse. Einziges markantes neues Projekt ist der Rahmenkredit für Massnahmen im Zusammenhang mit dem Projekt SIBANO. Durch die Verschiebungen entwickelt sich die Verschuldung wesentlich moderater wie im letzten Plan. Ob die für 2021 vorgesehene Gebührenerhöhung um CHF 0.30 allenfalls verschoben oder reduziert werden kann, wird sich wohl erst mit der Abrechnung des Grossprojektes Hertensteinstrasse zeigen.

Bei der Abwasserbeseitigung sind verschiedene Verschiebungen, aber keine zusätzlichen Projekte vorgesehen. Vergleicht man den aktuellen Aufgaben- und Finanzplan mit solchen, die bereits weit zurückliegen, so fällt auf, dass insbesondere die beiden Pakete "Bachläufe" und "Kanalsanierungen" mit insgesamt rund CHF 5 Millionen immer wieder verschoben werden. Es stellt sich hier natürlich die Frage, wieso das so ist. Sind diese Aufgaben nicht so wichtig oder dringlich oder fehlt auf der Verwaltung schlicht und einfach die Zeit, um diese Themen anzugehen. Die Anpassungen der Gebühren aufgrund der Gebührenanpassung beim Abwasserverband sind unverändert in den Aufgaben- und Finanzplan eingeflossen. Diese sind einfach nachvollziehbar und wir werden der Gebührenerhöhung beim nachfolgenden Traktandum Budget zustimmen.

Gibt es bei der Abfallwirtschaft nach der Ablehnung des Projektes im Technischen Zentrum eigentlich keine weiteren Vorhaben mehr zum Investieren?

Im Aufgaben- und Finanzplan ist ersichtlich, dass das aktuelle Vermögen nicht mehr durch fehlende Investitionen belastet wird und es wird deshalb stetig grösser. Wir erachten dies nicht als sinnvoll, da gemäss Gesetz das langfristige Ziel bei den Eigenwirtschaftsbetrieben eine ausgeglichene Kasse sein muss. Wir erwarten deshalb ganz klar, dass der Gemeinderat auf das Budget 2020 eine Anpassung der Abfallgebühren vornimmt, welche dem aktuellen Vermögen Rechnung trägt. Wir werden beim Budget 2019 den unveränderten Gebühren aber zustimmen.

Eugen Frunz: Auch die SVP hat an der Fraktionssitzung über den Aufgaben- und Finanzplan 2019 bis 2023 beraten. Vor einem Jahr haben wir an dieser Stelle, auf die anstehenden, hohen Investitionen hingewiesen, und auch, dass wir uns genau überlegen müssen, ob und wie wir uns diese leisten können. Wir haben gesehen, gewisse sind verschoben worden, bei gewissen hat die Priorisierung geändert und es sind auch neue Etappierungen dazugekommen. Dabei geht es aber nicht nur um die Investitionen an sich, sondern auch um die dadurch entstehenden Kosten, wie Abschreibungen und Unterhalt usw. Diese werden danach jedes einzelne Jahr unser Budget belasten, ohne dass wir dann gross auf diese Kosten Einfluss nehmen können. Unterhalt braucht es, Abschreibungen sind gesetzlich vorgeschrieben.

Wie schon oft erwähnt, müssen die Investitionen nach wünschenswert und zwingend priorisiert werden. Denn wenn wir die Schuldenentwicklung in unserer Gemeinde sehen, wird uns etwas bange. Deshalb werden wir heute und auch in Zukunft jedes Budget und jede Investition ganz kritisch hinterfragen. Der Aufgaben- und Finanzplan, das haben Linus Egger und Christian Keller vorher gesagt, sind Planungspapiere für den Gemeinderat, und werden nur zur Kenntnisnahme vorgelegt. Ich sage es hier explizit noch einmal, nicht dass ich in einem halben Jahr in der Zeitung wieder lesen muss, dass wir vom Einwohnerrat, das abgesehnet haben. Herr Kramer ist heute leider nicht da.

Ich habe noch eine Frage zum Aufgaben- und Finanzplan. Gemäss Homepage hatte unsere Gemeinde Ende Februar 2018, komisches Stichdatum, aber es ist so, 8'693 Einwohner. Gemäss Aufgaben- und Finanzplan, erreichen wir diese Bevölkerungszahl im Jahr 2022. Ich frage deshalb, welche Zahl stimmt nun, die Aktuelle im Aufgaben- und Finanzplan oder die auf der Homepage. Was mich noch mehr interessieren würde, wie der Gemeinderat diesen Bevölkerungszuwachs erreichen möchte, denn momentan haben wir mehr Wegzüge als Zuzüge. Das könnte man bei Gelegenheit mal beantworten.

Peter Marten: Die FDP Fraktion hat die Aufgaben- und Finanzplanung der Einwohnergemeinde 2019 – 2023 besorgt zur Kenntnis genommen. Aus unserer Sicht sind wir nun an einem Punkt angelangt, bei dem ein Konsens gefunden werden muss, ob und wieviel wir uns in Obersiggenthal noch leisten können und vor allem, was wir bereit sind dafür zu bezahlen. Wenn wir die einzelnen Zahlen und Einflussfaktoren anschaut, präsentiert sich uns folgendes Bild: Das Bevölkerungswachstum wurde nach unten korrigiert. Die Konsequenz ist klar, der Steuerertrag wird so sicherlich nicht positiv beeinflusst, um es mal nicht negativ formulieren zu müssen.

Das Total der Gemeindesteuern wurde nach unten angepasst. Im Jahr 2019 von minus CHF 320'000, im 2020 ein Plus von CHF 70'000 und im Jahr 2021 ein Plus von CHF 151'000. Das sieht auf den ersten Blick erfreulich aus, wenn man sich aber vergegenwärtigt, dass man den Steuerfuss statt im alten Finanzplan bei 108% auf neu 110% erhöht hat, ergibt das eigentlich eher einen Rückgang des bestehenden Steuersubstrats. Wir sind überzeugt, dass die Steuerfusserhöhung auf 110 % kaum zu erreichen ist. Die Investitionen sollen gemäss Plan weiter zunehmen, wie wir das aber finanzieren wollen und sollen ist uns schleierhaft.

Aus unserer Sicht müssen wir jetzt bei den geplanten Projekten reagieren und vor allem endlich priorisieren. Wir sind mit dem aktuellen Planstand unzufrieden und möchten das an einigen Beispielen konkret aufzeigen. Die Sanierung des Hallen- und Gartenbads war, wie das Linus Egger gezeigt hat, beim letzten Finanzplan mit CHF 3,15 Millionen eingesetzt, im aktuellen

Finanzplan, rund 12 Monate später, mit CHF 8 Millionen. Wir sind überzeugt, dass es ein zweistelliger Millionenbetrag sein dürfte. Investitionen von CHF 10 Millionen haben zu Folge, dass die Rechnung mit rund 4 Steuerprozenten zusätzlich belastet wird. Wir können jetzt hier noch lange die Zahlen hin und her jonglieren, aber wir sind überzeugt, wenn man alle Projekte so machen würde, wie sie da aufgeführt sind, reichen diese 110% nicht. Wir haben intern in der Fraktion diskutiert, es geht jetzt nicht darum einen Wettlauf zu machen, wer den höchsten Steuerfuss bietet, ich komme aus dem Fricktal, ich bin mir Steuerfüsse von 120% in den alten Gemeinden gewohnt. So hoch muss es nicht zwingend kommen, aber wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht dahin bewegen.

Mit Spannung haben wir die Schlagzeilen und die Leserbriefe der letzten Wochen in unserer Gemeinde verfolgt. Gerne wären auch wir von der FDP Fraktion optimistischer und positiver und würden auch gerne mehr visionäre Ideen und Projekte einbringen und entwickeln. Doch leider sieht die Realität anders aus. Aus unserer Sicht sind jetzt folgende Massnahmen nötig, es braucht endlich eine klare Priorisierung auf die wirklich notwendigen Investitionen, dabei stehen für uns die Schulen im Vordergrund. Es braucht im Einwohnerrat Diskussionen und die Bereitschaft einen Kompromiss zu finden. Wir brauchen Massnahmen, die neue Steuerzahler anzieht und nicht abschreckt.

Wir können noch lange darüber philosophieren, was Steuerzahler oder künftige Bewohner in Obersiggenthal wirklich anzieht. Etwas was uns in der FDP-Fraktion wirklich klar ist, dass ein Steuerfuss im Bereich von 115 % sicherlich nicht zu den Punkten gehört, die Leute anzieht. Es braucht jetzt einen Marschhalt. Der Gemeinderat, aber auch der Einwohnerrat sind jetzt gefordert. Es braucht jetzt eine Gesamtschau und Diskussion, wir müssen uns von Diskussionen um einzelnen Projekte lösen. Leider fehlt ein Gefäss, dass wir diese Diskussion auch mal führen können. Wenn wir, wie zum Beispiel heute immer nur unsere Stellungnahme abgeben können, das macht keinen Sinn.

Daniela Graubner: Ziemlich konsterniert und auch frustriert nehmen wir den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis. Die Prognose 2018 ist mit CHF 500'000 weniger Transferertrag massiv schlechter als budgetiert, und der betriebliche Aufwand steigt um eine halbe Million. Weitere Prognosen für das Jahr 2019 zeigen unsere fortbestehenden Herausforderungen. Den Fiskalbetrag zu halten und deutlich zu verbessern, mit neuen, starken Steuerzahlern, aber auch den Sachaufwand mit den Investitionen zu senken. Wir haben den Steuerfuss bereits zweimal erhöht, und dennoch stagnieren die Erträge. Eines ist klar, der Aufgaben- und Finanzplan ist in dieser Form nicht realisierbar. Eine Nettoschuld pro Einwohner von heute CHF 2'277 auf über CHF 4'000 in fünf Jahren ist ein No-Go. Ich spreche konkret die CHF 20 Millionen für den Schulhausneubau, die CHF 2 Millionen für die Gemeindehauserweiterung und die CHF 8 Millionen für die Sanierung des Hallen- und Gartenbads an.

Wir haben schlicht und einfach die Chance verpasst, in den sieben fetten Jahren Erträge für die sieben mageren Jahre auf die Seite zu legen. Ein weiterer Punkt, den wir noch nie gross beachtet haben, ist der Beitrag in den Finanzausgleich. Ich frage mich, mit welchen Kriterien Obersiggenthal verpflichtet wird, Jahr für Jahr eine halbe Million in den Finanzausgleich zu zahlen. Wir können im Sachaufwand kaum noch grössere Positionen streichen, diese Belastung wird uns via Transferaufwand fix auferlegt. Wie ist das möglich? Abschliessend zum Aufgaben- und Finanzplan, wiederhole ich mich vom letzten Jahr. Wir erwarten vom Gemeinderat, eine smarte Strategie, welche auch aufzeigt, wie und wo zusätzliche Finanzen generiert werden können. Wir haben zum Glück noch viel Potenzial, bezüglich Arealerschliessungen in unserer Gemeinde. Da muss sich der Gemeinderat auf die Socken machen.

Christian Keller: Wir sind mit den Fraktionsvoten durch und kommen zu den Einzelvoten. Wer möchte ein Einzelvotum abgeben?

Urs Müller: Wir haben vor zwei Jahren einen Vorstoss gemacht, um zu prüfen, ob wir die Feuerwehr mit Untersiggenthal fusionieren könnten. Das ist dann nicht gelungen, weil Untersiggenthal kein Interesse hatte. Aber ich hatte auch das Gefühl, dass Obersiggenthal nicht so mit

Herzblut an die Sache herangegangen ist. Ich habe dort darauf hingewiesen, dass man auch mit Baden Kontakt aufnimmt, und über eine Fusion spricht. Jetzt sehe ich, dass für die Feuerwehr zwei Neuinvestitionen anstehen, spätestens dann muss das klar sein, ob man nicht mit Baden etwas machen kann. Zwei Punkte stehen an, ein neues Tanklöschfahrzeug, das wurde im Investitionsplan von 2027 auf 2023 vorgeschoben, und ganz neu hineingenommen wurde eine Leiter für rund eine halbe Million.

Ich bitte den Gemeinderat, jetzt ernsthaft die Frage von einer Zusammenarbeit zu prüfen. Wir reden hier von einem jährlichen Sparpotenzial von CHF 150'000 bis CHF 200'000.

Christian Keller: Ich möchte dem Gemeinderat noch die Gelegenheit geben, die Frage von Eugen Frunz zu beantworten.

Linus Egger, Gemeinderat: Auf der Homepage sind die Einwohnerzahlen inklusive Wochen-aufenthalter, im Aufgaben- und Finanzplan sind sie ohne Wochen-aufenthalter. Es gibt jeweils auch noch so Spezialisten, welche auf die Raiffeisenbank gehen, dort kann man die Zahlen auch herausholen, aber das sind noch die Zahlen von 2017.

Die Zahl, die wir hier haben, haben wir eingesetzt, aktuell als wir den Plan gemacht haben. Wenn wir diese Zahl heute wieder anschauen würden, hätte sie wieder einen Unterschied von 10 oder 20. Aber die Differenz sind die Wochen-aufenthalter.

Daniela Grauber, du sprichst mir aus dem Herzen, betreffend dem Finanzausgleich. Dieser Punkt wurde beim entsprechenden Regierungsrat deponiert. Ich persönlich verstehe nicht, dass Gemeinden mit dem gleichen Steuerfuss Geld aus dem Finanzausgleich erhalten, aber wir zahlen müssen. Genau solche Gemeinden, die Geld erhalten, können wie wir investieren. Das geht bei mir irgendwie nicht auf, ich verstehe es nicht, aber vielleicht erhalte ich mal die Erklärung. Ich habe die Antwort erhalten, dass sie wissen, dass sie noch an gewissen Schrauben drehen müssen, wo es nicht passt. Aber ich habe immer Mühe, dass wenn man das gleiche Investitionsvolumen hat, den gleichen Steuerfuss und die Differenz von dieser Gemeinde die ich meine, ist eine Million, das sind für uns 5 Steuerprozent.

Keine weiteren Wortmeldungen.

3 2018.41 Budget 2019

Eintreten wird nicht bestritten.

Christian Keller: Es nimmt Bernhard Wehri, Leiter Abteilung Finanzen und Jacqueline Schmid, Präsidentin der Schulpflege, Einsitz.

Am Anfang erläutert Linus Egger als Gemeinderat das Budget. Dann folgen die Fraktionsvo-ten und anschliessend findet die Detailberatung statt. Die Anträge von der Finanzkommission, die im Fiko-Bericht unter Punkt 5 aufgelistet sind, werden bei den jeweiligen Punkten besprochen, das Gleiche gilt auch für die Korrekturvornahmen durch den Gemeinderat. Anschlies-send kommen wir zu den Eigenwirtschaftsbetrieben, dann kommen wir zu den Anträgen der Finanzkommission und am Schluss zur Schlussabstimmung.

Linus Egger, Gemeinderat: Ich möchte ihnen, bevor ich ins Budget einsteige, ein Statement zur Prognose für die Rechnung 2018, wie wir sie im Gemeinderat sehen, abgeben. Dann eine Übersicht über das Budget 2019 und über vorgesehene, zukünftige Massnahmen.

Die Prognose für die Rechnung 2018, sieht aus heutiger Sicht vor, dass der Abschluss vermutlich mit CHF 1,3 Millionen schlechter abgeschlossen wird, als wir im Budget 2018 aufgezeigt. Die Hauptgründe dafür sind, ca. CHF 300'000 weniger Steuereinnahmen, das heisst, wir mussten dem Kanton CHF 260'000 zurückzahlen, weil dieser einen falschen Verteiler gemacht hat, und uns Geld zuschob, das uns gar nicht gehörte. Wir haben also ein weinendes Auge und eine andere Gemeinde hat ein fröhliches Auge, dass sie dieses Geld erhalten. Dieter Martin hat die Aufgabe erhalten, mit dem Leiter Steuern und dem Leiter Finanzen, nach Aarau zu gehen um zu klären, wie das passieren konnte. Das kann ich mir nicht erklären, aber Fehler passieren einfach.

Bei der Bildung haben wir weniger Schüler aus anderen Gemeinden, das macht rund CHF 100'000 aus. Bei der Pflegefinanzierung CHF 200'000, auch haben wir weniger Erträge beim Sozialen um CHF 300'000, höhere Personalkosten bei der Bau- und Planung und beim Sozialen und wir kommen beim Detail dann noch darauf zu sprechen. Höhere Kosten beim Sach- und Betriebsaufwand. Und unten bei den MiGeL-Kosten, da konntet ihr immer etwas in der Zeitung lesen, die sind noch nicht berücksichtigt. Die Fachfrau korrigiert mich dann, das ist Verbrauchsmaterial, das man bei der stationären und ambulanten Pflege verwendet. Die Zahlen kennen wir erst aus den ersten vier Monaten, wenn man diese hochrechnet, dann werden wir auf rund CHF 100'000 kommen, das ist in diesen Zahlen nicht enthalten. Da bestehen immer noch grosse Diskussionen zwischen dem Kanton, den Verbänden und den Krankenkassen. Das hat zu dem negativen Ergebnis von rund CHF 1,3 Millionen geführt. Der Einwohnerrat hat noch Projekte für etwa CHF 153'000 bewilligt, zum Beispiel Brandschutztüren, ich habe da letztes Jahr schon darauf hingewiesen, als man diese bewilligt hat, das macht das Ganze noch schlechter. Zusätzlich hat der Gemeinderat noch Mehrausgaben in der Höhe von ca. 287'000 bewilligt, wie z. B. Kindergarten Talacker, BDO-Modell usw. Die wichtigsten Positionen sind die Heizung im Kindergarten Talacker, welche ausgefallen ist, Massnahmen im Gemeindehaus, das Schliesssystem im technischen Zentrum, das Verkehrsmanagement usw. diese Kosten sind in dieser Zahl bereits enthalten.

Was muss der Gemeinderat unternehmen oder was wurde bereits unternommen? Die grössten Hotspots werden laufend von den Abteilungsleitern und den Ressortchefs überwacht. Da finden auch Diskussionen statt zwischen den Ressortchefs und den Abteilungsleitern. Bei der Abteilung Bau und Planung betrifft das die Personalkosten, die Pendenzen der laufenden Geschäfte, auch die Gebührenverrechnung, die externen Berater im Hochbau usw. In der Gesundheit ist Walter Vega daran, die Prognose für die Spitex und die stationären Pflegekosten zu erstellen. Im Sozialen haben wir das Gleiche, wobei man dort noch die Erträge, wie Erbschaften hinterfragen. Aber das ist gar nicht so einfach, dass wir an diese Informationen herankommen, die fliessen nicht einfach, da braucht es erfahrene Leute, die hier auch die richtigen Fragen stellen können, damit man zu diesen Zahlen kommt. Die Kostentreiber, die erwähnt wurden, werden laufend überwacht. An der nächsten Gemeinderatssitzung, werden diese Kosten wieder eines der zentralen Themen sein.

Ich komme zum Budget, wir haben hier die Übersicht mit den wichtigsten Nettoergebnissen, so wie euch das Budget abgegeben wurde. Wir haben bei der öffentlichen Sicherheit, gegenüber dem Budget 2018 das Nettoergebnis, das CHF 134'000 schlechter ist. In der Bildung CHF 135'000, da haben wir vor allem Pensenanpassungen der Schulleitung und auch die etwas weniger Schüler von auswärtigen Gemeinden. Ich komme nachher noch zu einer weiteren Massnahme. Bei der sozialen Sicherheit sind auch die Kosten vom Krippenpool enthalten.

Was sind die Hauptgründe? Da kann man relativ zusammenfassen, die Steuereinnahmen stagnieren; die Personalkosten im Sozialen steigen durch Ausfälle; die Bildung habe ich schon erwähnt; die stationären Gesundheitskosten steigen. Bei den ambulanten Gesundheitskosten habe ich immer noch die Hoffnung, dass sie durch die Fusion wenigstens gleich bleiben, da bin ich schon glücklicher als heute. Der Sach- und Betriebsaufwand, die Anschaffung vom Transporter Feuerwehr, Baudienst und das Flachdach vom Jugendhaus, das sind so die wichtigsten Sachen, die zu den Mehrkosten im Nettoergebnis geführt haben.

Der Gemeinderat ging nochmals über die Bücher, deshalb möchte ich euch noch folgende Korrekturvorschläge unterbreiten. Der Gemeinderat wird bei der Detailberatung, beim entsprechenden Konto die Anträge stellen. Das Schulgeld musste nochmals um CHF 85'000 gesenkt werden, wir haben jetzt noch 13 von vorher 21 auswärtigen Schülern, ihr habt die entsprechende Mitteilung über die Gemeinderäte erhalten. Die CHF 85'000 teilen sich nun einfach auf die CHF 57'000 und die CHF 28'000 auf. Wir mussten das so machen, damit man die Beträge auch auf dem richtigen Konto hat, so dass sie der Leiter Finanzen übernehmen und richtig korrigieren kann.

Die Homepage bei der Schule wurde gestrichen und auf das Jahr 2020 verschoben, das wurde mit der Schulleitung und der Schulpflege so abgesprochen. Bei der Bibliothek haben wir eine Erhöhung von CHF 1'000.00 bei den Einnahmen, die Gemeinde Untersiggenthal hat den Beitrag von CHF 1'000 auf CHF 2'000 erhöht. Die nächsten CHF 2'000 setzen sich zusammen aus den Abonnementskosten, diese hat der Gemeinderat für die Pensionierten, wie auch für die Erwachsenen ab 18 Jahren auf CHF 35 erhöht. Weiter hat der Gemeinderat entschieden, dass für auswärtige Schulen, wie Untersiggenthal oder Gebenstorf für eine Führung CHF 75 pro Stunde verrechnet wird. Die Abogebühren gelten ab dem 1. Januar 2019. Im Budget ist für den Eigenwirtschaftsbetrieb Wasser CHF 12'000 enthalten, die müssen auf CHF 4'000 reduziert werden. Zum Friedhofeglement wird Dieter Martin etwas erwähnen. Diese Kosten sollten aus der Mehrwertabschöpfung genommen werden.

Die Landwirtschaftskommission machen zusammen mit dem Forst einen Stand an der Gewerbeausstellung. Dort müssen noch CHF 5'000 eingesetzt werden im Budget. Auf der anderen Seite ist Untersiggenthal, die die Hälfte der Kosten übernimmt, das heisst wir können CHF 2'500 als Ertrag budgetieren.

Beim Baudienst, ist der Gemeinderat bereit die CHF 62'000 für den neuen Holder zu streichen. Die aktuelle Offerte weist Reparaturkosten von CHF 15'000 aus. Dadurch kann das Fahrzeug sicher noch 5 Jahre so weiterbetrieben werden. Alles zusammen ergibt eine Verbesserung von CHF 6'000.

Der Gemeinderat ist bereit, wie von der Finanzkommission beantragt, den Budgetposten des MiAs um CHF 1'000 zu reduzieren und das Projekt KISS von CHF 2'500 zu streichen.

Alle anderen Anträge der Finanzkommission lehnt der Gemeinderat ab.

Bei der Gebührenerhöhung Wasser, das ist das was ich euch angekündigt habe, hat der Preisüberwacher dieser Erhöhung zugestimmt. Das ist noch interessant, mittelfristig sollen wir die Gemeindegebühren senken, aber wir sollen eine Grundgebühr für versiegelte und entwässerte Flächen von mehr als 500m² einführen. Da kommt mir jetzt spontan der Parkplatz in den Sinn, das ist versiegelt, wenn es zubetoniert ist. Darüber wird man sicher in der Wasserkommission, im Gemeinderat und dann zu entsprechender Zeit auch im Einwohnerrat noch diskutieren müssen. Die Mitteilung haben wir erst heute, im Laufe des Tages erhalten, es wissen es noch nicht einmal alle Gemeinderäte, das war so kurzfristig.

Zum Budget 2019 ist der Gemeinderat der Meinung, dass der Steuerfuss mit 105% gleichbleiben soll. Letztes Jahr wurde im Aufgaben- und Finanzplan ab 2020 noch mit einer Steuerfusserhöhung von 3% gerechnet. Der Gemeinderat hat bei den aktuell vorliegenden Zahlen gesehen, dass es eine Erhöhung um 5% braucht. Der Gemeinderat hat diverse Punkte definiert, die angegangen werden müssen. Dort werden Entscheide getroffen werden müssen, die je nach dem Einwohnerrat vorgelegt werden.

Planungen wie Schulraum usw. müssen auch in Zukunft gemacht werden, dies unter Einbezug der Nachbargemeinden. Das heisst nicht, dass wir miteinander ein Schulhaus bauen, es ist aber auch nicht ausgeschlossen. Ich glaube in dieser Situation in der wir sind, und unsere Nachbargemeinden sind nicht besser, ist es sinnvoll, wenn dieses Projekt miteinander ange-

schaut wird. Auch Verträge und Vereinbarungen müssen dringendst wieder überprüft werden. Je nach dem müssen diese neu verhandeln oder sogar gekündigt werden, damit diese neu verhandelt werden können.

Die Ressortvorsteher haben die Aufträge erhalten, und müssen mit den Abteilungsverantwortlichen die gestellten Aufgaben angehen, Verbesserungen definieren, Aufzeigen, was das Ganze heisst, negativ wie positiv. Wir wollen im Gemeinderat sehen, was das für Auswirkungen hat, aber auch der Einwohnerrat und die Bevölkerung möchten das sehen. Wir möchten eine Kerngruppe einsetzen, diese Kerngruppe setzt sich zusammen aus dem Vertreter des Gemeinderates, Ressort Finanzen, dem Leiter Finanzen und einem Vertreter aus der Finanzkommission. Dann haben wir auch ein Subteam, Ressortvorsteher mit Vertretern der zuständigen Kommission, Abteilungsleiter und Abteilungsleiter-Stv. wenn es nötig ist.

Diese Hotspots wurden mit der Finanzkommission angeschaut, es gab von dieser Seite keine negativen Meldungen. Somit geht der Gemeinderat davon aus, dass die Finanzkommission hinter dem Anliegen des Gemeinderates steht.

Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Wir haben die ganzen Zahlenvergleiche eindrücklich zum Budget von Linus Egger erklärt erhalten. Deshalb verzichte ich darauf, irgendwelche Zahlen nochmals zu kommentieren. Ich werde in meinen Ausführungen viel mehr darauf eingehen, was die Finanzkommission, welche eine Kontrollbehörde ist, für wichtige Punkte aus diesem Budget gezogen hat, und was uns am Herzen gelegen ist, und welche Punkte wir in Zukunft im Auge behalten müssen. Wir haben unsere Erwartungen ans Budget 2019 dem Gemeinderat mitgeteilt, ihr seht hier einen Auszug daraus. Und das sind einfach unsere Schwerpunkte, die wir so festgelegt haben und bei denen wir eigentlich gerne möchten, dass sich diese im Budget niederschlagen sollen.

Das Erste war, ein ausgeglichenes Budget, ein operatives Ergebnis, leider ist das ja nicht realisiert worden. Da haben wir ja jetzt ein Minus von CHF 835'000. Dann haben wir klar festgelegt, dass wir keine Erhöhung der Stellenprozente wollen, deshalb können wir auch den 30%, die wir jetzt in der Abteilung Soziales nochmals ein Jahr bewilligen müssten sowie der der Aufstockung der Schulleitung nicht zustimmen. Beim Unterhalt der Infrastrukturen, hat die Finanzkommission gefunden, dass es eine Priorisierung braucht und diese sparsam sein muss, so dass die Infrastrukturen längerfristig erhalten bleiben. Deshalb stellt die Finanzkommission den Antrag, dass das Dach vom Jugendhaus noch um ein Jahr zurückgestellt werden kann.

Das Budget 2019 enthält noch immer unveränderte Leistungen der Gemeinde. Es ist sicher adäquat, sich mal Gedanken zu machen, welche Leistungen muss eine Gemeinde wirklich erbringen, welche nicht und welche sind einfach nice to have. Natürlich ist ein Leistungsabbau nicht attraktiv für die Bevölkerung, und unsere Gemeinde wird nach aussen halt immer noch unbewohnlicher präsentiert. Die stagnierenden Steuereinnahmen sind auch mit einer Steuerfusserhöhung nicht zu lösen. Es ist zwingend nötig, Massnahmen zu ergreifen, gute Steuerzahler in die Gemeinde zu holen oder mit guten Steuerzahlern Kontakt aufzunehmen um deren Anliegen abzuholen und überhaupt Kenntnis davon zu haben. Sicher ist es auch zwingend nötig, die vorhandenen Bauzonen zu überbauen. Da braucht es nun halt wirklich einen Effort, auch von Seiten des Gemeinderates, dass man das so rasch wie möglich, also den Umständen entsprechend in Angriff nimmt. Obersiggenthal müsste auch das Gespräch mit den umliegenden Gemeinden suchen. Unsere Nachbarn haben die gleichen Probleme, eine Zusammenarbeit mit gewissen Gremien wäre sicher förderlich. Ein gutes Beispiel ist da die Spitex, bei welcher man ja jahrelang das Gefühl hatte, da gehe gar nichts mit einer Fusion, und das ist jetzt doch plötzlich möglich. Zu hoffen wäre, dass man eventuell doch eine Fusion mit der Feuerwehr Obersiggenthal, Untersiggenthal oder Baden suchen könnte.

Bei den Kommissionen, wie die Kulturkommission, Planungskommission, Verkehrskommission, könnte man sicher auch irgendwie die Zusammenarbeit fördern oder sogar eine Fusion anschauen. Wir auch die Institutionen hinterfragt, zum Beispiel die Schulpflege, welche seit der Einführung der Schulleitung im Kanton Aargau eine andere Bedeutung erlangt hat. Ob man

da eventuell eine Verkleinerung in Erwägung ziehen könnte. Aber das wird natürlich schon nicht gerade auf Gemeindeebene entschieden. Wir haben das Chinderhuus, bei dem wir gerne die Leistungsbeiträge jährlich überprüft haben möchten, denn die Leistungsvereinbarungen können ja immer wieder angepasst werden. Und dann haben wir natürlich auch die ganz unpopuläre Überprüfung der verschiedenen Angebote in unserer Gemeinde, wie Ludothek, Bibliothek, Jugendnetz und Kulturszene. Wie weit können wir oder wollen wir uns diese Einrichtungen noch leisten. Wenn gleichzeitig bei essentiellen Leistungen wie Gesundheit, Altersversorgung, Kinderbetreuung und Soziales die Kosten explodieren.

Wir können nur immer wieder darauf hinweisen, dass Beiträge an den Kanton, in all diesen Bereichen in Zukunft in dem Umfang nicht mehr tragbar sind. Der Gemeinderat muss bei den entsprechenden Gremien vorstellig werden und Entlastung fordern. Mir können als Gemeinde nicht jedes Jahr noch mehr Kosten schlucken. Wir hoffen, dass bei einer allfälligen Einführung einer Geschäftsleitung in Obersiggenthal, der Gemeinderat sich endlich diesen strategischen Aufgaben widmen kann und nicht mehr so sehr mit dem operativen Geschäft beschäftigt ist. Zum Schluss möchte ich euch noch eine Tabelle zeigen, diese zeigt allen Visionären da im Saal auf, dass man mit jährlichen Steuererhöhungen kaum die Aufgaben finanzieren kann, welche unumstritten sind, und auf die unsere Bevölkerung einen gesetzlichen Anspruch hat. Die Kosten für Pflege, Alters- und Kinderbetreuung und Sozialwesen sind in den letzten drei Jahren gesamthaft um fast CHF 2 Millionen gestiegen. Ein Steuerprozent entspricht ca. CHF 250'000, das ist eine Realität, und wer das nicht anerkennen kann, ist einfach schlicht und ergreifend verantwortungslos. Die Anträge der Finanzkommission habt ihr in unserem Bericht gesehen, alle Anträge sind einstimmig in der Finanzkommission gefällt worden. Wir werden bei den entsprechenden Konten unsere Anträge stellen und begründen.

Walter Vega, Gemeinderat: Ich habe eine kurze Präzisierung zu deinem Bericht, im Zusammenhang mit den Leistungsbeiträgen an das Chinderhuus Goldiland. Diese Aussage ist nicht korrekt. Es werden keine Leistungsbeiträge direkt an das Chinderhuus erbracht, es läuft alles über Subventionen an die Eltern. Abgesehen davon, dass noch Mieterträge vom Chinderhuus Goldiland zurückkommen, welche ja die ganzen Abschreibungen und alles abdecken. Aber die Aussage per se ist falsch, dass die Gemeinde Leistungsbeiträge an das Chinderhuus Goldiland erbringt. Wir haben ein Subjektfinanzierungsmodell und kein Objektfinanzierungsmodell bei der Kindebetreuung.

Ursula Haag, Präsident Finanzkommission: Aber das heisst ja, dass trotzdem...

Walter Vega, Gemeinderat: Das heisst, die Eltern bekommen Subventionen, nicht direkt das Chinderhuus Goldiland.

Ursula Haag, Präsident Finanzkommission: Aha ok, ja Entschuldigung.

Marcel Müller: Kurz gesagt, auch in der provisorischen Rechnung 2018, mit einem Minus von ca. CHF 1.1 Millionen, und im Budget 2019, mit einem Minus von CHF 840'000 wird das ehemals vom Gemeinderat erklärte Ziel von keinem neuen Defiziten klar nicht erreicht. Bisher wurden bereits zwei Steuererhöhungen, von damals 98% auf heute 105% bewilligt. Auch der Eigenmietwert wurde noch erhöht, was natürlich zu weiteren Steuereinnahmen hätte führen müssen. Die Steuereinnahmen stagnieren, trotz zwei Steuererhöhungen und die Sozialkosten steigen stark an, das haben wir vorher gerade gesehen. Die grösste Ausgabenpostensteigerung sind die Sozialkosten, da müssten wir dann mal genauer wissen, es ist glaube ich eine Tiefenprüfung im Gange, warum das so ist. Das ist natürlich frustrierend, wenn man spart und macht und tut, aber dann einfach CHF 400'000 mehr Sozialkosten hat, zwei Steuerprozent mehr übriges.

Wie soll man das deuten. Es scheint so zu sein, dass keine guten Steuerzahler zuziehen und das im Gegenteil, gute Steuerzahler weggezogen sind. Dies trotz einer sehr teuren Infrastruktur, externer Kinderbetreuung, Dreifachturnhalle, Hallen- und Gartenbad usw. Das für eine Gemeinde mit nur 8'500 Einwohnern. Gerade auch die neue Infrastruktur Goldiland, scheint

keine zusätzlichen Steuereinnahmen in die Kasse abzuliefern, oder man sieht es zumindest nicht im Steuerertrag. Wenn wir uns die Pläne des Gemeinderates ansehen, dann stellen wir fest, dass es bei den Nettoinvestitionen in den nächsten Jahren zu einem eigentlichen Steigerungslauf kommen soll. Die Schulden würden so von heute CHF 18.5 auf ganze 35 Millionen im Jahr 2023 anwachsen. Das heisst nichts anderes, als vom Baby bis zum Greis, wären das dann über CHF 4'000 Schulden. Wollen wir das wirklich? Wollen wir das für unsere nächste Generation? Für die wir auch eine gewisse Verantwortung haben, wie sich die Finanzen in unserer Gemeinde entwickeln. Die Gemeinde hat eine zu teure Infrastruktur und inzwischen zu wenig gute Steuerzahler, um all das zu finanzieren. Deshalb werden die Schulden jedes Jahr weiter steigen, ohne dass wir neues investieren können. Da habe ich noch einen Einschub zu Linus Egger, er hat gesagt, bei diesen 110% sind die Investitionen schon berücksichtigt, ich würde mich eher Peter Marten anschliessen, diese 110% benötigen wir um das Budget zu decken. Die CHF 800'000 Minus sind gerade wieder weg, mit diesen 5%, die man sich da vorstellt. Die Investitionen, die man abschreiben muss, CHF 10 Millionen zum Beispiel für das Hallen- und Gartenbad, sage ich jetzt einmal, sind CHF 400'000, die sind in diesen 110% auch nicht berücksichtigt. Das sind dann eher die 120 bis 140%.

Natürlich kann man versuchen, den Steuerfuss immer und immer wieder zu erhöhen, wie das zum Beispiel die SP und die Grünen ja unaufhörlich vorschlagen. Allerdings werden die Einnahmen dadurch ganz offensichtlich nicht erhöht, das haben wir jetzt gesehen, denn Steueroptimierungen nehmen ganz einfach zu, oder gute Steuerzahler sagen direkt auf Wiedersehen Obersiggenthal. Wir von der SVP (sagt aber SP) werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass gespart wird und Obersiggenthal nicht zu einer Steuerhölle wird. Steuerfusserhöhungen kommen zum Glück immer noch in eine Volksabstimmung. Steuererhöhungen gehen beim Volk nicht einfach so durch, das zeigte sich gerade letztes Wochenende wieder. Bei allen Visionen, bei Wahlen kann man viel versprechen, wenn aber die zu bezahlende Rechnung präsentiert wird, wollen viele im Volk doch nicht mehr mitmachen.

Christoph Alder: Es ist etwas beängstigend, denn alles was ich jetzt erzähle, ich hätte eigentlich ein copy paste von dem machen können, was Peter Marten schon erzählt hat. Und einen leiste ich mir jetzt aber schon noch, die Fraktion der SVP hat das Budget an der Fraktionssitzung bearbeitet und überprüft. So, jetzt sind wir wieder ausgeglichen.

Wir werden selbstverständlich in den einzelnen Teilbereichen unsere Meinung einfließen lassen, aber in der Summe werden wir das uns vorgelegte Budget unterstützen. Trotzdem möchten wir ein paar Bemerkungen machen. Erstens, wir sind überzeugt davon, dass alles in Absprache mit unserem Mitglied in der Finanzkommission, dass der Gemeinderat uns ein sauber ausgearbeitetes Budget vorgelegt hat. Zweitens, ca. 70% der Ausgaben sind gebundene Kosten, auf die wir hier auf Gemeindeebene keinen Einfluss haben. Es sollte langsam aber sicher jedem Grossrat, egal welcher Parteiangehörigkeit klar sein, dass es so nicht weitergehen kann. Die Umverteilung der Kosten von Bund auf die Kantone und im Kanton Aargau extrem vom Kanton auf die Gemeinden, hat mittlerweile bedrohliche Ausmasse angenommen. Liebe Bürgerliche, ich kann auf Grund eurer politischen Gesinnung nachvollziehen, dass ihr sehr wahrscheinlich auch heute wieder, sie haben es ja auch schon gesagt, die Kosten im Sozial-, Pflege- und Bildungsbereich thematisieren werdet. Aber sogar die Finanzkommission hat gesagt, es ist ein gesetzlicher Auftrag, das sind zu 85% oder mehr sogar, gebundene Kosten. Wir können noch lange ständig über das diskutieren, es nützt nichts. Es ist nicht so, dass wir irgendetwas fordern, sondern wir können das Budget auch reduzieren, dann kommt einfach die Rechnung höher. Die Botschaft kommt auch bei uns schon lange an, wir hier sind die falschen Türen.

Drittens, lieber Gemeinderat, wir verstehen, dass euch in keiner Weise Art der Mut fehlt, aber uns fehlt bei euch das Vorangehen. Was habt ihr für Visionen? Wohin wollt ihr mit der Gemeinde? Wie wollt ihr aus dieser Negativspirale herauskommen? Der Aufgaben- und Finanzplan ist ein klares Abbild, dieser fehlenden Haltung. Ich bin mir sehr sicher, dass niemand in diesem Saal auch nur glaubt, dass dieser Aufgaben- und Finanzplan in der Praxis so umge-

setzt werden kann, das wird nicht funktionieren. Deswegen hat der Gemeinderat auch beschlossen, dass eine Kerngruppe eingesetzt werden soll, das haben wir vorher von Linus Egger gehört, in der auch die Verwaltung, die Finanzkommission und der Einwohnerrat Einsitz haben sollen. Grundsätzlich begrüßen wir den Entscheid, aber gleichzeitig setzen wir auch ein Fragezeichen hinter diesen Nutzen. Unser Mitglied in der Finanzkommission hat zurecht festgestellt, was wohl vier Köpfe in dieser Kerngruppe besser wissen sollen, was die 15 Köpfe, bestehend aus dem Gesamtgemeinderat, der gesamten Finanzkommission und der Verwaltung nicht herausgefunden haben.

Wir werden heute Abend wohl bis morgens um 1.00 Uhr über das Friedhofreglement, über die Dachsanierung, über die Schulleiterspensen, über das Eugenli, KISS und MiA debattieren, streiten und entscheiden. Aber egal wie diese Entscheidungen herauskommen, sind dies aus unserer Sicht nur zwei kleine Tropfen auf den heissen Stein. Egal was wir entscheiden, die ganz grossen Probleme, die auf uns zukommen werden, werden damit ganz sicher nicht gelöst. Ich durfte in Aarau zehn volle Jahre Sparmassnahmen miterleben. Zuerst nannte man es Stabulo 1, dann Stabulo 2 und zum Schluss LUP, Leistungs- und Prozessüberprüfung. Ich durfte neun Jahre hintereinander eine Nullrunde miterleben. Neun Jahre Nullrunde, Teuerungsanpassung 0%, individuelle Lohnerhöhungen 0%. Wir kämpfen dafür, dass dies in Obersiggenthal nicht passiert. Aber wenn aus der Kerngruppe heraus eine Debatte entsteht, welche Leistungen in der Gemeinde Obersiggenthal angeboten werden, und wieviel uns diese Leistungen kosten sollen, dann machen wir in den nächsten Monaten einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Dann diskutieren wir nämlich nicht mehr ständig um das Geld, sondern um Inhalte, genauso wie das die Finanzkommission vorhin vorgeschlagen hat.

Wir von der SP werden uns in den kommenden drei Jahren dafür einsetzen, dass genügend Schulraum zur Verfügung steht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass uns das Hallen- und Gartenbad erhalten bleibt. Wir wollen eine attraktive Aufwertung der Achse Bachmatt, Markthof, Unterboden, Oberstufenzentrum. Wir wollen keinen zusätzlichen Verkehr und wir wollen zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Verwaltung. Für diese fünf Punkte werden wir uns einsetzen. Wir sind überzeugt davon, auch auf Grund des Aufgaben- und Finanzplans, dass selbst eine angebrachte Erhöhung des Steuerfusses auf 110% nicht reichen wird. Aber wir wollen mitgestalten und keines Falls als Frontalopposition wahrgenommen werden. Mit uns kann man über alles reden und wir sind kompromissbereit. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir müssen zusammenstehen, unser Parteidenken etwas auf die Seite schieben. Es ist fünf vor Zwölf, wir müssen die kommenden Aufgaben gemeinsam anpacken, weil es keine Alternative gibt zu diesem Weg. Wir werden das nur gemeinsam schaffen und jeder muss irgendwo Abstriche machen.

Peter Marten: Bei einigen Punkten hast du mir aus dem Herzen gesprochen, ich sage das relativ selten in diese Richtung vom Saal. Das Budget 2019 fügt sich aus unserer Sicht nahtlos in die Reihe der anspruchsvollen Jahre ein, auch das positiv formuliert. Aufgrund des Ergebnisses wäre eigentlich bereits jetzt wieder eine Steuerfusserhöhung angezeigt gewesen. Die vom Gemeinderat angekündigte Auslegeordnung, mit der Arbeitsgruppe begrüßen wir. Wir sind gespannt, ob der anhaltende Leidensdruck dazu führt, dass nun endlich die heissen Eisen angefasst werden oder ob der Mut entsteht, mal eine Leistungsdiskussion führen zu können. In der Vorbereitung zu unserem Votum zum Budget 2019, habe ich mein Votum als damaliger Präsident der Finanzkommission zum Budget 2018 angeschaut, und bin für mich zum Schluss gekommen, dass ich es praktisch wieder 1:1 wiederholen könnte, das möchte ich euch ersparen. Obwohl man sagt ja, die Botschaft, wenn man sie ein paar Mal hört, steigt vielleicht der Glauben.

Die nicht beeinflussbaren Kosten steigen weiter an. So steigt mittlerweile die Pflegefinanzierung im Budget 2019 auf CHF 1.9 Millionen. Nur zur Erinnerung, in der Rechnung 2014 war der Betrag bei CHF 984'000, oder anders gesagt, die Kosten haben sich seit 2014 verdoppelt. Das sind doch 4 bis 5 Steuerprozent, die wir hier reinstecken. Die Kosten im Bereich Kinderkrippen/-horte steigen weiter an, der Anstieg ist gegenüber der Rechnung 2014, von CHF 489'000

auf CHF 658'000 noch relativ moderat ausgefallen, wobei der Anstieg gegenüber dem Budget 2018 relativ betrachtet doch eher hoch ist.

Die Streichungsanträge der Finanzkommission zeigen uns auf, dass im Budget die einfachen Streichungen, also Sachen die nicht so weh machen, bereits erfolgt sind. Übrig geblieben sind die heissen Eisen, welche wir im Einwohnerrat, befeuert von unsern jeweiligen parteipolitischen Einstellungen, vor uns herschieben und keine Entscheide fällen. Der fehlende Mut, welchen wir Einwohnerräte oft dem Gemeinderat unterstellen, fehlt leider auch uns als Einwohnerräte beim Anpacken der grossen Brocken.

Was uns aber in der Fraktion richtig geärgert hat, war der Budgetprozess bzw. gewisse Ausflüsse aus dem Budgetprozess. Wir verstehen zum Beispiel nicht, wie der Prozess bei der Pensenhöhung der Schulleitung erfolgt ist. Nach dem Streichungsantrag der Finanzkommission, ich meinte es war ein Zweizeiler, wurden wir mit sechs Seiten voller Argumente bedient, warum es genau diese Erhöhung braucht. Die Infos sind zwar wertvoll, aber offensichtlich hat keine, oder für Dritte visible, Diskussion zwischen Gemeinderat, Finanzkommission und Schule zu diesem Thema stattgefunden. Ich als Einwohnerrat erhalte nach dem Studium von diesen sechs Seiten den Eindruck, dass wenn ich allenfalls gegen diesen Antrag wäre, der Totengräber der Schulqualität werde. Das gleiche Bild präsentiert sich bei der Ersatzbeschaffung des Feuerwehr-Fahrzeugs. Bei einer ablehnenden Haltung werde ich auch hier als Totengräber der öffentlichen Sicherheit von Obersiggenthal dargestellt. Beim allem Verständnis, aber hier haben wir von der FDP-Fraktion eine andere Erwartungshaltung was Diskussionen betrifft, und vor allem wo diese Diskussionen vorgängig stattfinden sollten. Hätte uns die Finanzkommission im Nachgang zur Replik des Gemeinderates, mit diesen sechs Seiten Argumentation auch noch fünf Seiten nachschieben sollen, damit wir unser Bild allenfalls nochmals ändern. Wir erwarten hier eine Anpassung der Prozesse und Diskussionen der relevanten Gremien, damit wir uns danach hier im Einwohnerrat ein besseres Bild machen können.

Urs Müller: Ich möchte nicht zu lange werden, wir haben die meisten Argumente gehört. Wir haben ein Ausgabenproblem, welches wir nicht beeinflussen können. Wir haben aber auch ein Einnahmenproblem, das wurde gesagt, da können wir auch nicht gross Einfluss nehmen. Das sind kantonale und eidgenössische Bestimmungen, welche dazu führen, dass in unserer Gemeinde die Steuern optimiert werden müssten. Ich glaube nicht, dass die Leute in Obersiggenthal plötzlich ärmer geworden sind, und deshalb die Steuereinnahmen fehlen. Sondern das ist gewollte Steueroptimierung. Wenn wir jetzt in der Zeitung lesen, dass wir zur Steuerhölle werden, finde ich das auch nicht sehr förderlich für das Standortmarketing. Also wir müssen auch vorsichtig sein, dass wir unsere Gemeinde nicht schlecht reden. Ich bitte auch, bei allen Anstrengungen, das auch noch etwas im Blickwinkel zu haben.

Linus Egger, Gemeinderat: Es existiert eine Liste mit den Auswertungen der Steuerzahler. Bei den grossen Steuerzahlern, mit einem steuerbaren Einkommen von über CHF 180'000, gab es seit 2013 keine Veränderungen, es sind immer noch 160 Fälle. Die meisten Abgänge verzeichnet die Gemeinde bei den steuerbaren Einkommen zwischen 58'000 und 130'000.

Zum nächsten Punkt von Marcel Müller: die Ausgangsbasis für den Aufgaben- und Finanzplan, war die Prognose 2018, und von dort wurde hochgerechnet. Wenn der Einwohnerrat jetzt noch grössere Sachen beschliesst, dann verändert sich die Verschuldung. Wenn sich die Investitionen verändern, was ich schon angesprochen habe, dann verändern sich die Zahlen auch. Noch einmal, die Prognose 2018 war die Ausgangsbasis, das gibt die Erklärung zu diesen 110 Steuerprozenten.

Dann möchte ich noch etwas zur Aussage von Christoph Alder sagen. Ich staune, dass jemand, der ein halbes Jahr in der Finanzkommission ist, diese Aussage machen kann. Jetzt haben wir eine Änderung, der Leiter Finanzen ist dieser Kerngruppe, und der Leiter Finanzen ist eigentlich die wichtigste Person in diesem Kernteam, er weiss, wie all diese Querverbindungen

sind. Er war nicht dabei, als wir die Arbeitsgruppe Finanzen gehabt haben, das war eine einwohnerrätliche Sache. In der Finanzkommission haben wir das auch aufgezeigt, die Verträge usw., all diese Sachen, die kennt er und die Kanzlei und die werden angeschaut.

Christian Keller: Wir gehen kapitelweise durch das Budget. Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, dann gehen wir jetzt in die Detailberatung.

Als Erstes erhalten die Finanzkommission und der Gemeinderat das Wort, wenn sie Wortmeldungen bei Anträgen haben. Die Abstimmungen zu den Anträgen erfolgen jeweils am Schluss des Kapitels, in der Reihenfolge der Konten. Wenn mehrere Anträge zu den gleichen Konten vorliegen, dann werden zuerst die Individualabstimmungen einander gegenüber gestellt und der obsiegende Antrag wird am Schluss zur Abstimmung unterbreitet bzw. dem Antrag des Gemeinderates gegenüber gestellt, dies geschieht nach § 27 des Geschäftsreglements.

Ich bitte euch, bei den Voten immer die Kontonummer klarzustellen, und lasst doch bitte den Mitgliedern, und Kolleginnen und Kollegen zwei, drei Sekunden Zeit, um die Stelle zu finden. Sagt die Kontonummer bitte deutlich, dass man jeweils weiss wo man ist.

0 Allgemeine Verwaltung

Petra Rutschmann: Konto 0110.3000.02, Legislative, Löhne und Entschädigungen Einwohnerrat von jährlich CHF 23'100. Als ich im Einwohnerrat angefangen habe, wurde mir mit Schrecken von der Budgetsitzung 2014 berichtet, als scheinbar alle im Dunkeln nach Hause gehen mussten, da das Licht schon abgelöscht war und es Unfälle und Stürze gegeben habe. Aufgrund von dem wurde beschlossen, dass man zwei zusätzliche Sitzungstermine als Reserve einbaut. Das habe ich dann an der Budgetsitzung 2017 auch miterlebt, da sind die beiden Termine eingebaut worden. Es war ein grosses Anliegen, dass man diese Termine entlastet, ich sehe jetzt, dass diese Termine aber fehlen, es sind wieder sechs Sitzungstermine im Budget. Da stellt sich nun die Frage, warum das gestrichen wurde. Es war ja eigentlich ein eindeutiger Wille aus dem Rat, dass diese drin bleiben. Ich würde beantragen, dass man diese Zusatztermine wieder ins Budget nimmt. Das wäre eine Erhöhung des Kontos um CHF 5'600, für die allfälligen zwei Sitzungen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Es ist so, dass wir letztes Jahr zwei Doppelsitzungen hatten, eine im Juni und eine im September. Heute und Morgen haben wir diese Sitzungen September, im Juni hatten wir nur eine. Was für nächstes Jahr angedacht ist, ist dass wir eine dieser Doppelsitzungen weglassen. Die Sitzung von Anfang September, die wir am 13. September 2018 hatten, die würden wir ebenfalls weglassen, weil sie so kurz nach den Schulferien ist, dass sie eigentlich nichts bringt. Da muss man schon fast während den Ferien Sitzungen machen etc. Das ist der Grund, weshalb wir sie im nächsten Jahr nach vorne genommen haben, zum Beispiel im Januar. Wir hatten das Gefühl, dass wir für den November ein relativ befrachtetes Programm haben und es mehr bringt, wenn wir dort eine Entlastung einbauen als kurz nach den Sommerferien. Das heisst, nächstes Jahr haben wir eigentlich eine oder zwei mehr?

Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II: Offiziell eine, weil sonst im Januar nur eine Sitzung ist, wenn wir die konstituierende Sitzung haben.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Immer am Anfang von der Legislatur ist eine Sitzung im Januar, das ist die konstituierende Sitzung, dort werden in der Regel keine Geschäfte behandelt. Diese Sitzung fällt in den normalen Zwischenjahren weg. Das heisst, im zweiten, dritten und vierten Jahr, haben wir diese Januarsitzung offiziell nicht, haben wir auch nie gehabt, deshalb ist es eigentlich nur eine Sitzung, die wegfällt, das ist die vom Juni. Das ist vielleicht etwas verwirrend, wenn man es mit dem letzten Jahr vergleicht, respektive auch mit diesem Jahr. Es ist unüblich, dass im Januar eine Sitzung ist, wir haben im nächsten Jahr die vom September auf den Januar vorverschoben.

Christoph Alder: Ich habe am Ende der letzten Einwohnerratssitzung schon mit dem Kollegen Lukas Füglistler die Diskussion geführt, und ich möchte es einfach nochmals erwähnen. Im März wurden uns für Juni neun Traktanden versprochen, gekommen sind vier. Ich habe dort sogar eine Doppelfraktionssitzung angesagt, weil ich der Ansicht war, dass wir so viele Sachen haben. Dann kommen irgendwie vier marginale Sachen, zwei Strassen die man aufgerissen hat, mehr nicht. Und jetzt war es wieder genau gleich, es wurde viel auf den September angekündigt. Wenn alles das, was momentan in der Pipeline ist, nächstes Jahr kommen soll, müssen wir irgendwie nicht nur zwei Sitzungen mehr machen sondern wir brauchen etwa vier Sitzungen mehr. Weil wir so viele Sachen haben, die uns irgendwie angekündigt worden sind und nächstens kommen sollen. Von dem her, können wir natürlich schon CHF 6'000 sparen, aber dann, sind wir dann einfach jedes Mal bis morgens um 01.00 Uhr hier. Ich unterstütze den Antrag von Petra Rutschmann von den Grünen sehr, denn das reicht niemals nächstes Jahr, wenn ich mir überlege, was alles für Sachen anstehen.

Linus Egger, Gemeinderat: Ich habe noch eine Ergänzung zu den Ausführungen von Dieter Martin. Warum haben wir nur eine Sitzung im Juni? Im Juni haben wir die Rechnung, und die Rechnung ist Vergangenheitsbewältigung, deshalb haben wir die auch abgesagt. Ich sehe das dieses Jahr nicht anders, denn morgen haben wir noch das Geschäftsführungsmodell, das haben wir nächstes Jahr nicht, uns steht also auch der Donnerstag zur Verfügung. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass diese Termine reichen. Bei die Rechnung glaube ich nicht, wenn es Vergangenheitsbewältigung ist, dass wir bis um 23.00/24.00 Uhr haben, da können wir auch noch andere Traktanden erledigen. Wir haben jetzt im November noch eine Sitzung. Dann haben wir auch noch eine im Januar, in welcher wir Geschäfte behandeln können, im letzten Jahr hatten wir nur die Konstituierung plus zwei kleine Geschäfte.

Theo Flückiger: Die Idee war ja, dass man Termine reserviert, aber dass man diese nicht unbedingt beanspruchen muss, wenn es sie nicht braucht. Es ist viel mühsamer, einen neuen Sitzungstermin zu finden, wenn er nicht geplant ist, als eine Sitzung abzusagen. Von dem her, würde ich es auch sehr beliebt machen, dass man diese Termine fixiert und jederzeit streichen kann.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag von Petra Rutschmann: Erhöhung des Kontos 0110.3000.02 um CHF 5'600 für zwei allfällige Reservetermine Einwohnerratssitzung

Dieser Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

Daniel Meier, Mitglied Finanzkommission: Konto 1500.3111.00, Feuerwehr, Anschaffung Maschinen, Geräte und Fahrzeuge von jährlich CHF 72'826. Der Antrag der Finanzkommission, das Konto ist von heute CHF 78'826 um CHF 60'000 auf neu CHF 12'826 zu reduzieren. Die Begründung, angesichts der knappen Finanzen sollte die ausserordentliche Anschaffung eines Ersatzfahrzeuges für CHF 60'000 gestrichen werden. Stattdessen sollte geprüft werden, ob eine Reparatur möglich wäre.

Franziska Grab, Vizeammann: Wir haben am Anfang von einer möglichen Fusion der Feuerwehr Obersiggenthal mit Untersiggenthal oder Baden gehört, das ist ein Legislaturziel, dass

sich der Gemeinderat gesteckt hat. Ich möchte einfach noch darauf hinweisen, dass eine Fusion mit Baden nicht heisst, dass weniger Fahrzeuge gebraucht werden. Die Distanz der AGV ist eigentlich gegeben, wann man am äussersten Zipfel der Gemeinde sein muss. Man wird sicher personelle Ressourcen einsparen können, aber es gibt auch viele Fusionen, bei denen es dann heisst, dass das TLF irgendwo in der Gemeinde deponiert oder eingestellt ist, damit die Leute weiterhin in der Gemeinde näher sind, als die auswärtigen.

Der Gemeinderat stellt mit Erstaunen fest, dass wenn ich so höre, dass die Argumentation in der Finanzkommission oder das Gespräch das wir mit der Finanzkommission hatten, versagt hat. Der Gemeinderat hat an der gemeinsamen Sitzung mit der Finanzkommission klar geäussert, für was das Fahrzeug eigentlich benötigt wird, und dass das Fahrzeug 22 Jahre alt ist. Was wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht wussten, ist, dass die elektrischen Schäden, die jetzt aufgetaucht sind, halt auch noch dazu gekommen sind. Wir haben jetzt am heutigen Tag keine Abklärung, wieviel diese Reparatur kostet, denn um den elektrischen Defekt eruieren zu können, müsste ein Garagist das Fahrzeug einen Tag lang auseinander nehmen und das Problem suchen. Wieso dass das Fahrzeug jetzt raucht, wenn man die Warnblinker und den Frontblinker einschaltet, was im Moment Sache ist.

Es ist einfach so, ich weiss nicht wie viele Leute vor zehn Jahren schon im Einwohnerrat waren, ich war damals auch noch im Einwohnerrat, da hat man sich dafür ausgesprochen, eine First Responder Gruppe in der Feuerwehr zu erstellen. Das ist ein wichtiges Werkzeug, welches wir brauchen. Bei der First Responder haben wir 40 bis 50 Einsätze pro Jahr, die wir mit diesem Fahrzeug fahren. Deshalb wurde das Fahrzeug damals sogar mit dem Frontblitzer nachgerüstet, so dass das stehende Fahrzeug während dem Einsatz gesehen wird und die Leute in der Nacht und am Tag geschützt sind.

Das Fahrzeug wird auch, wie schon gesagt bei Unwettereinsätzen gebraucht. Dann können wir nicht das Fahrzeug des Baudienstes haben, wie dies gewisse Leute meinen. Der Baudienst ist bei Unwettern selber unterwegs, muss Bachöffnungen und Schachtöffnungen machen, die sind dann voll im Einsatz, dann steht kein Fahrzeug zur Verfügung, mit welchem wir noch Sandsäcke, Pumpen oder Schläuche transportieren können oder was es dann gerade sonst braucht um raus zu gehen. Es ist auch so, dass wenn wir irgendwo einen Brand oder einen Einsatz hatten, das das Material in einem offenen Wagen wieder zurückgeführt werden muss. Das Material kann nicht einfach in ein Fahrzeug hineingeworfen werden, welches bereit sein muss.

Das Fahrzeug ist 22 Jahre alt, die Feuerwehr ist genau die Abteilung, die schon jahrelang ein Fahrzeugkonzept hat, deshalb seht ihr ja im Investitionsplan zum Beispiel den Ersatz des TLF oder einer Leiter. Also diesen Vorwurf kann man der Feuerwehr nicht machen. Sie haben eigentlich die Investition, das ist vielleicht jetzt ihr Fehler, schon um zwei Jahre hinaus geschoben, denn eigentlich wäre schon vor zwei Jahren die Diskussion gewesen, das Eugenli zu ersetzen. Dann hat man gesagt, nein man schaut noch, dass man es noch etwas hinauszögern kann. Jetzt ist es 22 Jahre alt, wir müssen es wieder vorführen, wir wissen nicht, wieviel Geld, das wir nur alleine für das Vorführen hineinstecken müssen. Es ist offen, ob es überhaupt noch repariert werden kann. Wir reden hier von einem Fahrzeug, das in der Grundausstattung eigentlich ca. CHF 45'000 kostet, aber das Nachrüsten auf Blaulicht kostet einfach CHF 10'000. Deshalb haben wir einen anderen Betrag im Budget als damals beim Baudienst, als wir das Fahrzeug ersetzt haben.

Ich möchte einfach bitten, dass ihr der Finanzkommission nicht zustimmt und das Fahrzeug ersetzt. Die finanzielle Situation wird sich in zwei Jahren nicht massgebend ändern, dann diskutiert ihr hier wieder genau gleich über den gleichen Betrag, falls man es überhaupt reparieren kann. Wenn ich dann höre, das ist aber eine persönliche Meinung, dass wenn es dann halt nicht reparaturfähig ist, dann können wir ja dann mit einem Antrag kommen. Dann muss ich sagen, dass es nicht sein kann, dass die Verwaltung nachher für so ein Fahrzeug auch noch eine Einwohnerratsvorlage schreiben muss, bei welchem es klar ist, dass es 22 Jahre alt ist,

und end of life erreicht hat. Also ich bitte sie, streichen sie das Fahrzeug nicht aus diesem Budget.

Lukas Füglistler: Ich spreche jetzt ein Stück weit eigentlich nicht so, wie auf dieser Seite normal gesprochen wird. Grundsätzlich wird mit dem Eugenli kein Brand gelöscht, das wird aber mit dem Baudienstfahrzeug auch nicht. Fakt ist aber, dass das Eugenli ein wichtiges Einsatzmittel für die Feuerwehr ist. Wie es Franziska Grab bereits erklärt hat, zum Retablieren, zum Material bringen um in Notsituationen reagieren zu können. Aus diesem Grund ist das Eugenli da, und für das wurde es eingesetzt. Wenn der Kabelbrand, ich weiss nicht wie viele Leute etwas von Kabeln im Auto verstehen. Das ist ein Kabelstrang und irgendwo raucht es und irgendwo tönt es, irgendwann ist es kaputt und dann kann man alles aushäuten und nachziehen, dass das Geld kostet, das liegt auf der Hand. Ich möchte dann jemanden sehen, der für ein 22 Jahre altes Auto so viel Geld ausgeben möchte, welches ein Einsatzmittel ist, um Kabelstränge zu ersetzen.

Was ich mir vorstellen könnte ist, dass die Brücke die auf dem Fahrzeug ist, die sieht meiner Meinung nach noch gut aus, ohne dass ich jetzt darunter geschaut habe, weiterverwenden könnte. Ich persönlich bin der Meinung, dass das Fahrzeug definitiv Platz haben muss.

Christoph Villiger: Wenn ich jetzt den Argumenten von Franziska Grab gefolgt bin, hatte ich das Gefühl, dass das ziemlich gute Argumente sind, die für den Ersatz des Fahrzeuges sprechen. Das Fahrzeug ist 22 Jahre alt, ich bin kein Techniker, aber ich denke 22 Jahre ist alt, und wenn man den Zustand des Fahrzeugs hört, und auch die Einsätze im Sinne von First Responder-Einsätzen. Ich habe mich jetzt gefragt, und da würde ich jetzt gerne das Wort an die Finanzkommission richten. Was war das Argument, dass ihr zum Schluss gekommen seid, dass man das Fahrzeug nicht ersetzen soll. Also für mich ist es eigentlich sonnenklar, nach der Argumentation von Franziska Grab, das man etwas machen muss. Da würde es mich nun sehr interessieren, was da die Finanzkommission sagt.

Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Als wir das herausgestrichen haben, hatten wir noch keine Kenntnisse davon, dass das Fahrzeug raucht, das hat dann später geraucht.

Franziska Grab, Vizeammann: Das haben wir ja vorher gesagt.

Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Ja eben, aber als wir den Beschluss gefasst haben, dass wir es aus dem Budget streichen, verschieben oder was auch immer, hat es noch nicht geraucht. Deshalb haben wir dann gefunden, das kann man jetzt sicher noch verschieben. Das war unsere Überlegung.

Daniel Meier, Mitglied Finanzkommission: Ja wobei, also auch wenn es raucht, dann raucht es an irgendeiner Ecke, dann muss man halt dort nachsehen. Vielleicht ist es ein Kabel, vielleicht ist es ein Relais, das kaputt ist. Das Problem ist, wir haben kein Geld und irgendwo müssen wir ansetzen. Das ist das Problem das wir haben.

Daniel Gadiant: Vieles wurde schon gesagt, ich habe mein Votum trotzdem vorbereitet und werde es euch so mitteilen. Das Fahrzeug ist von grösster Bedeutung und Wichtigkeit für Obersiggenthal. Das Fahrzeug wird fast bei jeder Übung und jedem Einsatz für den Transport von zusätzlich benötigtem Material wie Sandsäcke, Schläuche und Motorspritzen gebraucht. Kontaminiertes Material wie Atemschutzgeräte, Brandschutzausrüstung und Schläuche, dürfen nicht in einem geschlossenen Fahrzeug transportiert werden. Ausserdem ist es das einzige Fahrzeug, mit dem man Kleider zum Waschen oder Atemschutzflaschen zum Befüllen nach Baden transportieren können. Es dient ausserdem dem First Responder, als erstes Fahrzeug und ist dementsprechend auch mit Frontblitzer für eine bessere Sichtbarkeit ausgestattet.

Aktuell ist die Reparatur der Elektrik offen, da Pannen- und Warnblinker wie erwähnt, nur teilweise funktionieren. Somit ist die Verkehrstauglichkeit nur teilweise gewährleistet. Zwischen- durch ist ein starker Rauchgeschmack aus dem Cockpit zu vernehmen. Aus Zeit- sowie Kostengründen, wurden bisher noch keine Offerten eingeholt. Denn um diese einzuholen,

bräuchte der Garagist einen ganzen Tag, um das Auto auseinander zu nehmen und zu prüfen, an was es liegen könnte, was wiederum unbekannte Kosten verursacht, die man bis jetzt einsparen konnte. Die Reparaturen müssen aber durchgeführt werden, wenn das neue Fahrzeug nicht bewilligt wird. Mit 22 Jahren wird es immer schwieriger, noch Ersatzteile zu bekommen, das hat in den letzten fünf Jahren zu zwei Monaten Standzeit geführt, während der das Fahrzeug nicht einsatzbereit war. Ich bitte Sie, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen, und somit der Beschaffung zuzustimmen.

Lukas Füglistler: Es tut mir wirklich leid, ein Angehöriger von dir hat einen Herznotfall, stürzt. Es gibt in unserer Gemeinde ein paar verrückte, die in diesem First Responder drin sind. Die dann aufs Fahrrad steigen, es gib sogar welche die mit dem Elektrobike, zum Einsatzort fahren und dort erste Hilfe leisten. Aber der Rucksack mit den Sofortmassnahmen hinten drin, ist noch nicht dabei. Dann möchte ich den Angehörigen sehen, der dort steht und betet, dass vielleicht ein Fahrzeug mit Sofortmassnahmen kommt.

Eugen Frunz: Ich muss da Daniel Meier ein wenig in Schutz nehmen, ich sage nicht, dass man das Auto aus dem Budget streichen soll. Mir geht es um diese Aussage, dass der First Responder nicht auf Platz kommt. Wir konnten das Auto dem Baudienst ausleihen, während dem das Auto des Baudienstes ausgefallen ist. Der First Responder konnte trotzdem immer ausrücken, sie sind dann nämlich, mittlerweile haben wir zwei Verkehrsbusse, die auch Frontblitzer haben, mit diesen ausgerückt. Den Rest lasse ich im Raum stehen, das ist für mich ok. Aber das möchte ich einfach noch richtig gestellt haben.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Antrag Finanzkommission: Konto 1500.3111.00 Feuerwehr, Anschaffung Maschinen, Geräte und Fahrzeuge von jährlich CHF 72'826: Das Konto ist um CHF 60'000 zu reduzieren. Der Budgetbetrag beträgt neu CHF 12'826. Streichung Anschaffung Fahrzeug-Ersatz „Eugenli“.

Der Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen zu 28 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen, abgelehnt.

Peter Marten: Ich glaube die letzten 25 Minuten haben gezeigt, wieso ich das vorher angesprochen habe. Bei allem Respekt, diese Diskussion hätte wirklich nicht zwingend hier drinnen sein müssen, sondern die hätte man von Anfang an führen können. Einfach nur noch weil du gesagt hast, du verstehst den Unmut wegen dem Prozess nicht. Ich glaube, das war jetzt der Beweis dafür.

2 Bildung

—
Christian Keller: Hier hat die Schulpflege Einsitz, das sind Jacqueline Schmid und Martin Frei, sie werden sich bei Fragen die der Gemeinderat nicht beantwortet kann, zu Wort melden. Es sind zwei Korrekturvorschläge des Gemeinderates und ein Antrag der Finanzkommission vorhanden.

Aline Schaich, Gemeinderätin: Konto 2130.4612.03, Oberstufe, Schulgelder von Gemeinden von jährlich CHF 190'000 und 2170.4612.03, Schulliegenschaften, Schulgelder von Gemeinden von jährlich CHF 90'000. Wir beantragen eine Reduktion des Kontos 2130.4612.30 um CHF 57'000, das sind die Mindereinnahmen, welche vorher von Linus Egger angesprochen wurden, aufgrund der sinkenden Zahl der auswärtigen Schüler. Das gleiche gilt für das Konto

2170.4612.03, eine Reduktion um CHF 28'000, ebenfalls wegen der reduzierten auswärtigen Schülerzahlen.

Sandra Hehli, Mitglied Finanzkommission: Konto 2190.3631.00, Schulleitung und Schulverwaltung, Beiträge an den Kanton von jährlich CHF 245'330. Die Finanzkommission beantragt beim Konto 2190.3631.00, eine Reduktion von CHF 45'000, von CHF 245'330 auf neu CHF 200'330, Streichung Pensenerhöhung Schulleitung 30% oder Sekretariat 50%. Die Finanzkommission ist der Meinung, dass in der heutigen Finanzlage der Gemeinde Obersiggenthal bis zum Schuljahr 2020/2021 gewartet werden muss, welche Pensen uns der Kanton zusätzlich bewilligt, eine Anpassung durch den Kanton wird dort sicher erfolgen.

Aline Schaich, Gemeinderätin: Wir haben den Antrag der Schulpflege sehr genau geprüft. Wir haben ihn mit der Schulleitung und mit der Schulpflege sehr detailliert besprochen. Wir haben die Unterlagen, die wir euch zur Verfügung gestellt haben, ebenfalls der Finanzkommission zur Verfügung gestellt. Wir haben das auch an der Sitzung mit der Finanzkommission besprochen. Zu diesem Zeitpunkt kamen von der Finanzkommission keine Fragen zu diesem Antrag. Ich möchte ausführen, warum der Gemeinderat geschlossen dahinter steht, dass man diese Pensen erhöhen sollten.

Zum einen haben wir verschiedene Vorschläge und Varianten geprüft. Wir haben diese besprochen und sind effektiv zum Schluss gekommen, dass die beantragte Variante, die Beste ist. Zurzeit besuchen rund 1'000 Schülerinnen und Schüler die Schulen in Obersiggenthal. Sie werden von ca. 120 Lehrpersonen unterrichtet und noch weitere rund 20 Fachpersonen sind für die Schule tätig. Die Schule wird von einem vierköpfigen Schulleitungsteam mit insgesamt 310 Stellenprozenten geführt. Wir denken, dass dies schon ein sehr enger Rahmen ist, um diese grosse Aufgabe zu bewältigen. Die Stellenprozente werden vom Kanton definiert. Bereits im Jahr 2016 wurde von der Pädagogischen Hochschule Zug eine Arbeitsplatzanalyse von den Schulleitungen im Kanton Aargau durchgeführt. Das Fazit dieser Studie sagt klar, die vom Kanton zur Verfügung gestellten Ressourcen für die Schulleitung reichen nicht, um den Berufsauftrag vollständig erfüllen zu können. Die Folgen davon sind massive Überstunden, starke Belastung, hin bis zur Überbelastung von den Schulleitern und Schulleiterinnen. Der Kanton hat das zwar zur Kenntnis genommen, sah sich aber bis jetzt nicht in der Lage, in der angespannten finanziellen Situation, Entlastungsmassnahmen zu bieten.

Die Pensen werden tatsächlich voraussichtlich 2020/2021 geprüft, aber erst zu diesem Zeitpunkt neu beurteilt und allenfalls erhöht. Die Situation, dass die Schulleitung überlastet ist, und stark belastet ist, beschränkt sich lange nicht nur auf die Gemeinde Obersiggenthal. Viele andere Gemeinden im Aargau, aber auch Schweizweit haben Pensen von Schulleitungen zu Lasten der Gemeinde in den letzten Jahren bereits erhöht, zum Teil auch mehrfach.

Das betrifft sowohl kleine Schulstandorte, wie Bergdietikon, aber grosse wie Aarau. Im Vergleich zu einer Gemeinde oder einem Ort in der Nähe. Ein aktuelles Beispiel. Baden hat aktuell eine Schulleiterstelle ausgeschrieben zur Führung von Kindergarten und Primarschule in Rütihof mit einem 90%-Pensum. Das ist das gleiche Pensum, wie für die Primarschule in Obersiggenthal gerechnet ist. Der Unterschied ist, in Rütihof handelt es sich um 250 Schüler, bei uns hingegen um 542, also mehr als das Doppelte. Ich denke nicht, dass man sagen kann, unsere Schulleitung hat viel „Spatzig“.

Das ist kein Einzelfall, in vielen anderen Schulen ist das Verhältnis im Vergleich sehr ähnlich. Im Vergleich mit anderen Gemeinden ist die Schulleitung in Obersiggenthal zusätzlich aufwändig. Zeitaufwändig sind vor allem die vielen Schulstandorte, die Primarschule ist auf vier Standorte verteilt, der Kindergarten auf sieben. Die dezentrale Organisation und Standorte erhöht den Kommunikationsaufwand massiv und auch die Zuteilung der Schüler ist zeitaufwändig und ist auch immer mit Einsprachen von Eltern verbunden, welche bearbeitet werden müssen. Das führt dazu, dass man je nach dem zu wenig Zeit für eine enge Personalführung der Lehrpersonen hat. Gerade wenn es unter Umständen mal irgendwo schwierig ist und

nicht perfekt funktioniert. Man hat keine Zeit für stufenspezifische Schul- und Unterrichtsentwicklung. Zu wenige Absprachen unter den Standorten mit der Schulleitung und den Lehrpersonen können zu Doppelspurigkeiten führen.

Aktuelle und kommende Projekte erhöhen den Aufwand der Schulleitung zusätzlich. Auf Kantonsebene sprechen wir von der Einführung des neuen Lehrplans und die geplante neue Steuerung der Ressourcierung. Lokal in Obersiggenthal haben wir eine grosse Herausforderung was die Schulraumplanung angeht. Für eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden in diesem Thema und auch weitere Arbeitsgruppen möchten man versuchen Synergien zu nutzen. Aber eben, auch das braucht Zeit zum optimal eine Lösung finden, sich absprechen und vorbereiten.

Langfristig folgen Entwicklungen, welche ebenfalls eine Bedeutung für die Struktur und den Aufwand der Schulleitung haben. Die Schule Obersiggenthal wird, gemäss dem Metrobericht 2016 weiterwachsen, es wird sich also nicht entspannen. Mit der voraussichtlich geplanten Abschaffung der Schulpflege im Kanton Aargau, wo wir allerdings noch nicht wissen, wann das sein wird, werden zusätzliche Aufgaben ebenfalls an die Schulleitung übertragen werden. Alle diese Punkte haben wir besprochen, und es wurde in der Schulleitung auch intensiv nach anderen Lösungen gesucht. Man hat analysiert, wo es noch Möglichkeiten gäbe, zum Beispiel um Aufgaben zu delegieren. Man hat festgestellt, dass es da kaum noch Möglichkeiten gibt. Die Hauptaufgabe der Schulleitung, also die Personalführung, die pädagogische Führung und Entwicklung, sowie Organisation des Schulalltages, sind nicht delegierbar. Da geht es schlussendlich nur um die Frage, wie gut die Arbeit, aufgrund der zur Verfügung stehenden Ressourcen erledigt werden kann.

Die aktuelle Aufteilung wurde ebenfalls angeschaut, ein Gesamtschulleiter und drei Stufenleiter kam als die effizienteste Lösung heraus. Ganz unabhängig vom Entscheid des Einwohnerrates werden zusätzliche Massnahmen plant und überprüft, um die Schulleitungen zu entlasten, die Schulleitung hat die Vorschläge selber gemacht. Sie werden weiterhin ihre Aufgaben durchleuchten und versuchen, effizientere Lösungen zu finden. Man wird die Arbeitszeiterfassung intensiver machen und auch das analysieren. Was passiert, wenn die Schulleitung nicht entlastet wird, eine mögliche Konsequenz, ein mögliches Szenario. Ein ständiger Druck, eine ständige Überlastung kann zu einer höheren Fluktuation führen, weil die Mitarbeiter nicht mehr zufrieden sind mit ihrer Stelle. Das führt zu einem hohen Know-how Verlust. Bereits in den letzten Jahren hat es in diesem Bereich einige Stellenwechsel gegeben. Die Schwierigkeit steigt dann ebenfalls, die Stellen neu wieder mit guten Personen besetzen zu können. Weil dann die Schule Obersiggenthal eventuell nicht mehr als attraktiver Arbeitgeber gelten kann.

Es bestehen gesundheitliche Risiken, längere und häufigere Fehlzeiten, bis hin zu Komplettausfällen von Personen, was ebenfalls wieder zu hohen Kosten führt. Die Qualität der Schule in Obersiggenthal könnte sich verschlechtern und es findet keine Entwicklung im Bereich Schul- und Unterrichtsentwicklung mehr statt, sondern lediglich noch die Schulverwaltung. Für einzelne Prozesse braucht es, weil die Zeit fehlt, zusätzliche externe Unterstützung, was auch wiederum Kosten zur Folge hat. Die Demotivation von den einzelnen Schulleitern bis hin zu einer Kündigung, können ebenfalls mögliche Szenarien sein. All das könnte zur Folge haben, dass die Schule direkt oder indirekt gute Lehrpersonen verliert oder man allenfalls Mühe hat, die Stellen neu zu besetzen.

Ich denke, wir müssen unserer Schulleitung Sorge tragen, sie haben eine grosse Aufgabe und in den kommenden Monaten und Jahre eine grosse Aufgabe vor sich, wir möchten die guten Leute, die wir momentan hier haben, behalten können. So dass sie weiterhin motiviert an diesen Aufgaben arbeiten können. Deshalb möchte ich sie ganz herzlich bitten, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen.

Urs Müller: Schon früher waren die Stellenprozente der Schulleitung zu tief und haben nicht gereicht, das kann ich aus eigener Erfahrung sagen, ich war 10 Jahre Stufenleiter an der Bezirksschule. Und heute sind die Aufgaben noch ein ganzes Stück grösser geworden, Aline

Schaich hat sie aufgezählt, ich möchte nicht mehr alle wiederholen. Rein schon die Personalführung von 140 Personen, wenn man das richtig macht, mit Unterrichtsbesuchen, Nachbesprechungen und Personalführungsgesprächen, dann braucht es einfach Zeit, und sonst leidet auch die Schulqualität.

Dann wurde die Schulraumplanung erwähnt, die Schulstandorte. Was auch gesagt wurde, der Lehrplan 21 kommt, und das ist eine riesen Arbeit. Da ist vor allem die Schulleitung, die diese Weiterbildung mit den Lehrpersonen machen muss. Was ganz stark zugenommen hat in den letzten Jahren, ist auch die Elternarbeit. Die Eltern sind heute nicht mehr so, dass sie einfach alles schlucken was die Schule sagt, sondern es gibt sehr schnell Reklamationen. Wenn bei der Lehrpersonen etwas nicht ganz stimmt, dann kommen die Eltern auf die Schulleitung zu, die Schulleitung ist da immer involviert. Noch zu einem letzten Punkt, der Stellenmarkt der Schule ist eigentlich ausgetrocknet. Wenn jemand ausfällt oder wenn man neue Lehrpersonen sucht, ist das heute viel aufwändiger als zu Zeiten als wir einen Lehrerüberfluss hatten. Ich bitte deshalb, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen und den Antrag der Finanzkommission abzulehnen.

Carole Demarmels: Die SP-Fraktion kommt einstimmig zum Schluss, dass die Erhöhung der Schulleiterpensen unumgänglich ist, wir werden den Antrag der Finanzkommission ablehnen. Ich möchte nun gerne nochmals aufzeigen, dass die Pensenerhöhung nicht einfach aus dem Bauch heraus kommt, dass das auch fundiert ist. Es ist bereits im Antragsdokument, das alle erhalten haben, eine erste Studie erwähnt, 2016 der PH Zug. Diese kommt zum Schluss, die vom Kanton zur Verfügung gestellten Ressourcen der Schulleitungen reichen nicht aus, um den Berufsalltag in allen Teilen erfüllen zu können. Es hat bereits 2014 eine grössere Umfrage der Schulpflegepräsidenten und -Präsidentinnen gegeben, es haben 150 Schulen im Aargau teilgenommen. Von diesen 150 Schulen haben gerade mal 8% gesagt, dass ihnen, die zur Verfügung stehenden Schulleiterpensen reichen.

Etwas Interessanteres an dieser Studie war, dass bereits 31 von diesen 150 Schulen schon dort von ihren eigenen Gemeinden zusätzliche Pensen bewilligt erhalten haben. Es sind seither sicher noch mehr Pensen dazugekommen, wir würden also bei weitem keine Vorreiterrolle einnehmen, im Gegenteil, wir sind etwas im Rückstand. Aber wer noch mehr im Rückstand ist, ist der Kanton, aber er ist jetzt etwas weiter, am 31. August, also erst kürzlich ist nämlich ein Dokument veröffentlicht worden. Das ist ein Vernehmlassungs-Anhörungsbericht zu der Führungsstruktur der Aargauer Volksschulen, in diesem Bericht nehmen sie auch ganz klar Stellung zu den Schulleitungspensen. Ich habe geplant diesen auszuformulieren, weil ich gehört habe, dass eigentlich genau auf diese Stellungnahme gewartet wird.

Der Plan ist, per Januar 2022 alle Schulleitungspensen im ganzen Kanton um durchschnittlich 10%, nicht Stellenprozent, sondern Anteilsprozent, also 10% von den aktuellen Pensen zu erhöhen. Obersiggenthal wird sogar noch speziell behandelt, wir würden nämlich 15% erhalten, also 15% von den aktuellen Prozenten, wären also 45% mehr Schulleitungspensum. Was sie in einer ersten Modellrechnung durchgeführt haben. Das ist basierend auf den Schülerinnen- und Schülerzahlen 2017. Gleichzeitig haben wir noch steigende Schüler- und Schülerinnenzahlen, wenn man das noch, aufgrund des Metron Berichtes berechnet, kommen weitere 10 Stellenprozent dazu, das würde konkret bedeuten, dass unsere Schule, laut dieser Modellrechnung per 2022 55% mehr Schulleitungspensen hat.

Wie erwähnt, ist der Kanton im Rückstand, dementsprechend sind drei Jahre dazwischen und für diese drei Jahre müssen wir einspringen. Ich möchte jetzt aber noch eine letzte, obersiggenthalspezifische Untersuchung erwähnen. Die Schule Obersiggenthal hat 2017 die ESE durchlaufen, das ist die Externe Schulevolution. Das ist das, wo es dann meistens grüne und manchmal rote Ampeln gibt, was auch immer sehr medienwirksam ist. Die Schule Obersiggenthal hat grüne Ampeln erhalten, das ist natürlich sehr erfreulich, und wir hoffen, dass das so bleibt. Ich möchte jetzt aber trotzdem aus dem Schlussbericht der Externen Schulevolution zitieren. Zum anderen besteht bei der Schulführung wie auch Lehrpersonen eine teilweise Unzufriedenheit in Bezug auf Praxis und Wirksamkeit der Personalführung. Dies ist darauf zurück

zu führen, dass die in der konzeptionellen Grundlage formulierten Ansprüche, mit den zur Verfügung stehenden Pensen nicht in Einklang zu bringen sind.

Summa summarum, die Schulen im Aargau, aber die Schule Obersiggenthal im Speziellen, sind in den letzten Jahren durch verschiedenste Gremien, anhand verschiedenster Untersuchungsmethoden analysiert worden und alle kommen zum selben Schluss, das Pensum der Schulleitung reicht nicht. Der Kanton reagiert, aber eben leider erst per Budget 2022, spezifisch in Obersiggenthal ist der Bedarf nach einem Zusatzpensum unumstritten. Der Kanton wird in Obersiggenthal eine noch grössere Erhöhung berechnen, und nicht zuletzt ist die aktuelle Schulleitung, die Schulpflege und der Gemeinderat dieser Meinung und geniessen auch unser Vertrauen. Ganz allgemein, wenn Angestellte sagen, dass ihr Pensum nicht ausreicht, um ihre Arbeiten zu erledigen, dann muss man hinschauen. Wenn dann gleichzeitig etliche externe Gremien, aus ganz objektiver Sicht zum genau gleichen Schluss kommen, dann kann man das einfach nicht mehr verleumden.

Ich habe für das Ziel der Finanzkommission, die Pensen in unserer Gemeinde insgesamt als Summe nicht zu erhöhen, in gewissem Masse Verständnis, aber manchmal muss man seine eigenen Ziele auch einfach über den Haufen werfen. Ich kann im Winter auch nicht mit den Sandalen rausgehen, wenn es kalt ist. Ist es mehr als ärgerlich, dass der Kanton mit dieser Verzögerung reagiert und es ist noch ärgerlicher, dass wir es jetzt finanzieren müssen. Aber es geht einfach nicht mehr um ein nice to have sondern es ist unumgänglich. Wir können nicht einfach warten, und vor so klaren Resultaten unsere Augen verschliessen. Wir können nicht einfach alle Warnzeichen in den Wind schlagen und erst reagieren wenn Feuer unter dem Dach ist, zum Beispiel bei der nächsten ESE, wenn wir eine rote Ampel kassieren, das hat übrigens etliche Nachuntersuchungen und einen riesen Aufwand zur Folge. Eine Gemeinde hat das übrigens gemacht, sie haben 2012 eine rote Ampel bei der Schulführung kassiert, 2013 hat die Gemeinde dann, als Reaktion darauf ein 100%-Schulleitungspensum finanziert, wir wollen das nicht. Wir wollen auch nicht, dass wir bald wertvolle Schulmitarbeiter verlieren, sei es, weil sie freiwillig gehen oder aber auch durch Krankheit. Wir wollen das nicht, wir wollen eine attraktive Gemeinde bleiben und dazu gehört auch eine gut geleitete Schule. Wir müssen das gewährleisten, das bedeutet für heute, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen.

Ralph Hunziker: Sehr viele Sachen wurden im Vorfeld von meiner Vorrednerin bereits gesagt. Ich würde gerne noch einen kleinen Perspektivenwechsel machen. Für diejenigen die es noch nicht wissen, ich unterrichte nun schon lange Zeit auch in diesem Schulhaus, im Oberstufenzentrum Obersiggenthal und ich sehe tagtäglich, wie die Schuleitenden am Anschlag arbeiten, am Limit arbeiten und oft auch etwas darüber hinaus. Das äussert sich darin, dass gewisse Aufgaben, die eigentlich zu ihrem Kernbereich gehören, nicht oder nur mangelhaft vorgenommen werden können. Beispielsweise hätte ich als Lehrperson in Obersiggenthal Anrecht auf ein jährliches Mitarbeitergespräch, wie auch einen Unterrichtsbesuch von der Stufenleitung, welche bei mir vorbeikommt. Mangels Zeit, ist das aber gar nicht möglich. Der Schulleiter schaut, dass er das mit den Lehrpersonen, welche neu hier unterrichten, machen kann und versucht es auf ein Minimum zu reduzieren.

Urs Müller hat das vorher auch schon gesagt, es ist in letzter Zeit auch schwer, bei einem Ausfall Stellvertretungen zu finden. Wir haben in den letzten Jahren mehrfach erlebt, dass es Situationen gegeben hat, in denen es zu einer Notanstellung gekommen ist und dort müsste die Schulleitung auch hingehen können und schauen. Ebenfalls zu den Kernaufgaben gehört, das hat auch Aline Schaich vorhin ausgeführt, die Schulentwicklung, die Qualitätsentwicklung und die Qualitätssicherung. Das ist aber nur möglich, wenn man auch Zeit hat um Unterrichtsbesuche zu machen und mit den Lehrpersonen die Gespräche führen kann. Ich denke, dass die Qualität der Schule auch direkt mit dem zusammenhängt. Die Schulleitung alleine macht nicht die ganze Schule, das ist völlig klar, aber es ist ein wichtiger Teil der Schule. Wenn das nicht gut funktioniert, die Leute überlastet sind oder auch abspringen, in den letzten fünf Jahren hat es fünf Wechsel gegeben, dann bringt das eine Unruhe in den ganzen Schulbetrieb, welcher der Qualität abträglich ist.

Aus diesem Grund denke ich mir, sind wir das vor allem auch unseren Schülerinnen und Schülern schuldig, dass wir hier eine gute, funktionierende Schule haben. Ich bin eigentlich davon überzeugt, dass wir das auch haben, wir müssen diese Qualität erhalten können, und deshalb finde ich es dringend nötig, dass der Antrag der Finanzkommission abgelehnt wird und dass man der Pensenerhöhung von 30% zustimmt.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag Finanzkommission: Konto 2190.3631.00, Schulleitung und Schulverwaltung, Beiträge an den Kanton von jährlich 245'330. Dieses Konto ist um CHF 45'000.00 zu reduzieren. Der Budgetbetrag beträgt neu CHF 200'330. Streichung Pensenerhöhung Schulleitung 30% oder Sekretariat 50%.

Der Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Aline Schaich, Gemeinderätin: Konto 2191.3158.00, Unterhalt immaterielle Anlagen. Bei diesem Konto beantragt der Gemeinderat die Streichung der CHF 9'500, Erneuerung Homepage. Es geht dabei nicht um eine effektive Erneuerung der Homepage, sondern um eine Anpassung der Homepage für Mobile Devices. Das ist ein Teil des Gesamtkommunikationskonzepts der Schule. Die Seite der Schule kann aber auch in der aktuellen Version, auf dem Handy oder Tablet ohne Probleme angeschaut werden. Deshalb beantragt der Gemeinderat die Streichung dieses Postens im Budget 2019 und Verschiebung ins Budget 2020.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Antrag Gemeinderat: Konto 2130.4612.03, Oberstufe, Schulgelder von Gemeinden von jährlich CHF 190'000. Dieses Konto ist um 57'000 zu reduzieren. Der Budgetbetrag beträgt neu CHF 133'000. Reduktion der Schulgelder von Gemeinden.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Antrag Gemeinderat: Konto 2170.4612.03, Schulliegenschaften, Schulgelder von Gemeinden von jährlich CHF 90'000. Dieses Konto ist um 28'000 zu reduzieren. Der Budgetbetrag beträgt neu CHF 62'000. Reduktion der Schulgelder von Gemeinden.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Antrag Gemeinderat: Konto 2191.3158.00, Volksschule Sonstiges, Unterhalt immaterielle Anlagen von jährlich CHF 32'800. Dieses Konto ist um CHF 9'500 zu reduzieren. Der Budgetbetrag beträgt neu CHF 23'300. Streichung Erneuerung Homepage.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

3 Kultur, Sport und Freizeit

Dieter Martin, Gemeindeammann: Konto 3211.4632.00, Gemeindebibliothek, Beiträge von Gemeinden und Gemeindeverbänden von jährlich CHF 1'000. Der Gemeinderat beantragt das Konto 3211.4632.00 um CHF 1'000 zu erhöhen. Das ist eine Ertragsposition, bei diesen CHF 1'000 handelt es sich um eine 100%ige Erhöhung des Beitrages von Untersiggenthal.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Konto 3211.4637.00, Gemeindebibliothek, Beiträge von privaten Haushaltungen von jährlich CHF 8'500. Der Antrag der Finanzkommission wurde durch den Gemeinderat per sofort umgesetzt. Deshalb werden wir auch im Budget den Antrag stellen, die Beiträge der privaten Haushalte um CHF 2'000 zu erhöhen. Wie es Linus Egger schon gesagt hat, ist der Gemeinderat noch etwas weiter gegangen und hat auch von der Bibliothek verlangt, dass sie bei Führungen, die sie für Schulen, Dritte etc. machen den Stundenansatz entsprechend heraufsetzen.

Eugen Frunz: Ich habe noch schnell eine Frage. Der Antrag der Finanzkommission sieht vor, dass bereits ab 18 Jahren der Erwachsenenbeitrag bezahlt werden muss. Bis jetzt war es ab 20, wird das gleichzeitig auch angepasst?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ja das ist so.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Antrag Gemeinderat: Konto 3211.4632.00, Gemeindebibliothek, Beiträge von Gemeinden und Gemeindeverbänden von jährlich CHF 1'000. Dieses Konto ist um CHF 1'000 zu erhöhen. Der Budgetbetrag beträgt neu CHF 2'000.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Antrag Gemeinderat: Konto 3211.4637.00, Gemeindebibliothek, Beiträge von privaten Haushaltungen von jährlich CHF 8'500. Dieses Konto ist um CHF 2'000 zu erhöhen. Der Budgetbetrag beträgt neu CHF 10'500.

Dem Antrag wird mit 36 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme zugestimmt.

4 Gesundheit

Keine Wortmeldungen.

5 Soziale Sicherheit

Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Die beiden Anträge muss die Finanzkommission nicht mehr bringen, weil diese schon der Gemeinderat bringt.

Daniel Meier, Mitglied Finanzkommission: Konto 5440.3144.00, Jugendschutz, Unterhalt Hochbauten von jährlich CHF 67'170. Das Konto ist um CHF 64'000 zu reduzieren, von alt CHF 67'170 auf neu CHF 3'170. Die Begründung, angesichts der knappen Finanzen, sowie dem fehlenden Gebäudeunterhaltskonzept, und den sehr hohen, budgetierten Sanierungskosten für diesen kleinen Flachdachbereich beim Jugendhaus, sollte nur eine partielle Reparatur des Daches angestrebt werden.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich möchte schnell einleitend sagen, das Jugendhaus ist heute, bis aufs Dach in einem einigermaßen guten Zustand. Das bestätigen die Benutzer, die an und für sich nach wie vor zufrieden sind. Vor ca. drei Jahren wurde die Fassade, mit Eigenleitungen, mit Jugendlichen zusammen neu gestrichen. Man hat dort festgestellt, dass bis auf den Eingangsbereich, wo es ein paar morsche Bretter hat, das Holz rundherum in einem recht guten Zustand ist. Diesen Frühling wurde dieser feuchte Keller, wo die Band gespielt hat, wo sogar die Instrumente angefangen haben zu schimmeln, von aussen saniert und zusätzlich von aussen isoliert. Da muss ich allerdings sagen, die Mietersuche läuft immer noch, wir haben noch keine neuen Mieter gefunden, aber der Bandkeller ist trocken und funktioniert.

Aufgrund von sichtbaren Schadstellen wurde eine Dachinspektion durchgeführt, darauf gehe ich gleich noch ein. Grundsätzlich kann man sagen, dass der Ausbaustandart von diesen Räumlichkeiten so bescheiden ist, wie die Ansprüche von den Benutzern, die sich darin aufhalten. Es ist also ein bescheidenes Haus, das wir hier haben. Ich möchte kurz auf die Dachsanierung eingehen. Wir haben eine Inspektion gemacht und festgestellt, die Abdichtung ist 28 Jahre alt, und hat ebenfalls, wie wir das vorher schon gehört haben, ihr end of life überschritten. Das heisst, der Weichmacher aus diesem Material hat sich verflüchtigt und die Folie wurde dadurch spröde und brüchig. Schäden und Risse an spröden Stellen sind bereits deutlich sichtbar und nehmen auch laufend zu. Durch die unterschiedlichen Temperaturdehnungen der Folie, die eine Konsequenz der Temperaturunterschiede ist, und der verschweissten Spenglerbleche sind diese Stellen dort zum Reißen gefährdet. Das heisst, das Dach kann jederzeit undicht werden. Ich glaube, um eine Komplettsanierung kommt man früher oder später nicht herum. Eintretendes Wasser kann zum Beispiel an elektrischen Einrichtungen Folgeschäden verursachen, wenn man es zu spät merkt. Man kann natürlich auch sagen, man soll Flicke machen, man macht örtliche Reparaturen, die sind allerdings auch nicht billig. Die Konsequenz davon wäre, dass wenn das Dach ein oder zwei Jahre später trotzdem effektiv saniert werden muss, man nicht darum herum kommt auch diese Flicke nochmals neu zu machen. Das heisst, das Geld, das wir nun für die Flickwerke investieren, wäre dann verloren.

Das Fazit ist, der Zeitpunkt für diese Dachsanierung ist richtig, jetzt wenn das kritische Alter überschritten ist und die Schäden bekannt sind. Nicht handeln oder nur örtlich zu reparieren beinhaltet das Risiko, wie ich es bereits gesagt habe, dass es zu Folgeschäden kommt, und die Vorinvestitionen bei einzelnen Flickern, das Ganze unnötig verteuert.

Die CHF 64'000 sind als Richtwert zu verstehen, es erfolgt grundsätzlich, wie das bei mehr als CHF 10'000 die Regel in der Gemeinde ist, eine Ausschreibung an verschiedene Anbieter. Ich möchte den Einwohnerrat bitten, aus den erwähnten Gründen dem Antrag des Gemeinderates Folge zu leisten.

Christian Buser: Ich habe einzig die Frage, wie viele m² das das sind? Reden wir da von 100m² oder von 15m²? Dass man die Relation hat, Geld zu m².

Dieter Martin, Gemeindeammann: Das ist eine gemeine Frage, die kann ich nicht beantworten. Wir haben die Offerte hier, ich schaue ob ich das daraus herauslesen kann.

Petra Rutschmann: Wir haben den Budgetposten auch angeschaut und es kam uns eine Erinnerung an einen anderen Dachschaden, welcher man dann plötzlich ganz dringend sanieren musste. Ich habe keine Ahnung von Flachdächern oder Reparaturen, aber bei einem Dach, das so alt ist und es heisst, man muss es reparieren und das Gebäude ist sonst noch in stand, erscheint es mir durchaus sinnvoll, dass es auch repariert wird. Ganz abgesehen davon, kann ich mir nicht vorstellen, dass irgendeine Versicherung allfällige Schäden zahlt, wenn ein bekanntes Problem vorhanden ist, woraus dann allfällige Folgen entstehen. Das ist ein Platz für Jugendliche, welchen wir, glaube ich nur diesen haben in dieser Art in Obersiggenthal. Wir bitten deshalb den Einwohnerrat, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen.

Mia Jenni: Ich wiederhole mich eigentlich, aber ich bin hier, glaube ich eine der Jüngsten oder wahrscheinlich die jüngste Einwohnerrätin, ich weiss es nicht genau. Ich habe das Jugendhaus oft gebraucht, meine Geschwister waren auch oft dort, viele meiner Kollegen waren dort, es ist wirklich einer der wenigen Orte wo wir Jungen jeweils waren und sein konnten in der Gemeinde Obersiggenthal. Ich finde, es ist wie keine Diskussion, ob man dieses Dach nun sanieren soll, es ist bekannt, dass es einen Schaden geben kann. Es ist auch der Versicherung bekannt und will nachher nicht mehr weiter zahlen. Es ist einer, der wenigen Freiräume die wir haben, und ich könnte es nur vertreten, dass wir als Einwohnerrat auch Raum für Jugendliche unterstützen. Daher bitte ich euch, diesen Antrag abzulehnen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Noch kurz zur Nachinformation, es sind rund 150m².

Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Ich möchte nur aus Sicht der Finanzkommission noch kurz darlegen, dass man ja jetzt diese Arbeitsgruppe ins Leben ruft, und die Gemeinde mal überprüft, was es in unserer Gemeinde alles braucht. Dann finde ich, könnte man jetzt theoretisch diese CHF 60'000 um ein Jahr zurückstellen und mit dem Budget 2020 nochmals bringen. Sonst haben wir es einfach saniert und dann beschliesst man vielleicht, dass man es doch schliesst.

Peter Marten: Ich habe den Aufgaben- und Finanzplan 2017 hervorgehoben. Wenn ich das richtig interpretiert habe, war das Dach damals 27-jährig. Wieso ist so etwas nicht im Finanzplan? Das verstehe ich nicht.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Das mussten wir bereits letztes Jahr schon so beantworten. Wir haben einfach kein sinnvolles System im Moment, und durch den Wechsel vom ehemaligen zum neuen Hochbauverantwortlichen, sind einfach gewisse Informationen bachab gegangen. Das ist so, das werden wir selbstverständlich aufholen.

Marcel Müller: Ich würde nicht sagen grundsätzlich nicht sanieren, aber mal ein Jahr zurückstellen. Denn, was ich vernommen oder gehört habe, es geht dort auch noch um den Fussballplatz. Die wollen offenbar, das wurde mir gesagt, mit einem Baugesuch kommen. Der Platz muss breiter und länger werden, wenn das kommt und auch durchkommt, dann werden dort noch Parkplätze, nehme ich an verschwinden müssen. Dann ist die Frage, ist das Jugendhaus am richtigen Standort, aus meiner Sicht braucht es einen Ort für die Jungen. Die Frage stellt sich tatsächlich, bevor wir nun für viel Geld sanieren, wäre das vielleicht auch mal die Aufgabe des Gemeinderates, zu überlegen was man in diesem Gebiet mit Parkplätzen, Jugendhaus und Fussballplatz grundsätzlich machen will. Deshalb würde ich es beliebt machen, diesen Kredit zumindest für ein Jahr hinauszuschieben, bis dort etwas mehr Klarheit herrscht. Plötzlich stellt sich vom Fussballplatz her heraus, dass dieses Jugendhaus gar nicht mehr an so einem guten Ort steht.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hat jetzt beschlossen, dieses Geschäft zurückzunehmen, respektive diesen Kredit aus dem Budget zu nehmen. Sollte es zu einem Schaden kommen, müsste dieser notdürftig geflickt werden. Mit dem Fussballplatz hat das nichts zu tun, bis jetzt ist das nicht zur Diskussion gestanden. Aus Sicht des Gemeinderates, wird das Jugendhaus in welcher Form auch immer saniert.

Marcel Müller: Aber jetzt muss ich trotzdem schnell fragen, vielleicht kannst du uns schnell orientieren Dieter. Habt ihr zum Thema Fussballplatz in diesem Gebiet ein Baugesuch, wisst ihr wie das aussehen soll?

Christian Keller: Müssen wir jetzt darüber reden? Wir können allenfalls morgen in der Umfrage darauf zu sprechen kommen. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist das auch ein Änderungsantrag vom Gemeinderat, über welchen wir auch abstimmen werden.

Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Konto 5790.3010.01, Fürsorge, übriges, Löhne (nebenamtl. Personal) von jährlich 38'400. Wir beantragen den Betrag von CHF 38'400 zu streichen. Die BDO ist im Moment dabei, eine Tiefenprüfung in dieser Abteilung zu machen. Gerne würden wir zuerst die Resultate sehen, bevor wir wieder eine neue Lohnsumme generieren.

Walter Vega, Gemeinderat: Es ist korrekt, die Tiefenprüfung ist am Laufen, wir haben leider noch keinen Bericht erhalten, ich wäre froh gewesen, wir hätten den Bericht schon gehabt. Auf der anderen Seite muss ich sagen, hat das eigentlich keinen direkten Einfluss auf dieses Thema hier, oder auf die Pensen generell. Der Bericht wird nicht Auskunft darüber geben, ob das jetzt nötig ist oder nicht, das hat nichts damit zu tun. Ich bin da sehr intensiv daran in der Abteilung Soziales, es ist ja klar, das ist mein Ressort. Aber ich bin jetzt wirklich im Wochenrhythmus dort, um zu sehen was läuft. Bei dieser Position geht es darum, dass eine Person unterstützt, welche schon lange dabei ist. Also die ganze Abteilung Soziales, also ein Grossteil davon, wurde ja quasi umgekrempelt. Es sind alles neue Leute dort, es sind alles motivierte Leute. Was ihnen fehlt, ist einfach eine gewisse Erfahrung und ein gewisser Bezug, auch das Netzwerk das fehlt. Diese Person, die das übernehmen würde, ist hier gut verankert und hat lange im Sozialdienst gearbeitet. Sie konnte zum Beispiel jetzt gerade, in einem Erbschaftsfall etwas zurückholen, das können also rechte Beträge sein, die wieder zurückkommen, Thema Rückerstattungen. Man kann nicht auf einen Knopf drücken, wenn jemand gestorben ist, dass bei der Abteilung Soziales eine rote Lampe aufleuchtet und alle wissen, dass dies ein ehemaliger Sozialhilfebezüger war.

Das andere ist, da bin ich selber involviert, wir sind daran, eine klare Liste für diese Person aufstellen, um den Sozialdienst auf Vordermann zu bringen. Als Mentor quasi zu schauen, dass es jetzt wirklich sauber läuft, dass auch die Prozesse sauber definiert sind und dass diese Leute möglichst effizient arbeiten können. Die Idee ist aber nicht, dass die 60%, es entspricht etwa 60% bis im Juni, jetzt einfach ein Freipass sind. Dass sie jetzt einfach ihre 60% absitzen kann. Ich will jeden Monat mit ihr zusammensitzen, und schauen, dass wir das möglichst bald herunterfahren können. Es geht darum, dass sie das Ganze möglichst schnell selbstständig vorantreiben können. Sie brauchen diese Unterstützung, ich habe gesagt, diese Abteilung ist sehr motiviert. Was ich einfach vermeiden will ist, dass ich in einem Jahr wieder die ganze Abteilung umkrempeln muss, weil man Leute suchen muss. Wir haben nun eine gewisse Ruhe hineingebracht, es braucht jetzt einfach diesen Schritt noch, damit die Abteilung auch wirklich voll funktionstüchtig ist. Ich wiederhole es, dieser Antrag hat nichts mit dieser Tiefenprüfung zu tun.

Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Das weiss ich schon, dass das nichts damit zu tun hat.

Walter Vega, Gemeinderat: Das hast du aber vorher anders gesagt.

Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Dass es nichts damit zu tun hat weiss ich. Aber trotzdem.

Jacqueline Magni: Also deine Ausführungen sind sehr interessant. Hast du für das ein Zeittfenster gerechnet, ein halbes Jahr oder ein Jahr?

Walter Vega, Gemeinderat: Die Zeitspanne ist bis max. Juni 2019 geplant.

Jacqueline Magni: Das Geld würde bis dorthin reichen?

Walter Vega, Gemeinderat: Ja, schon, doch es ist nicht das Ziel, dass es wirklich bis im Juni 2019 läuft. Wenn ich es vorher erledigen kann, dann mache ich es natürlich vorher, aber es ist wirklich bis im Juni 2019 limitiert.

Carol Demarmels: Die Finanzkommission sagt nun zum dritten Mal, dass sie gerne bis zum Resultat warten würden, gleichzeitig wurde jetzt gesagt, dass es eigentlich gar nichts mit dieser Tiefenprüfung zu tun hat. Bei den Schulleitungspensen war es genau das gleiche Argument, dass sie gerne warten würden, was der Kanton sagt. Der Kanton hat etwas gesagt, es hat trotzdem nichts geändert. Ich finde das ein wenig ein fadenscheiniges Argument, wenn man immer warten möchte.

Petra Rutschmann: Ich habe annähernd eine Stunde mit der Leiterin der Abteilung Soziales gesprochen, weil es mir nie ganz klar gewesen ist, wie dieses Nebenamt zustande kommt und was es beinhaltet. Was ich erfahren habe, ist, dass die Abteilung Soziales einen massiven Wechsel erfahren hat, Walter Vega hat es angesprochen. Die Fluktuation bei der Abteilung Soziales ist sehr schwierig, es geht sehr viel Wissen verloren. Schwierig ist vor allem auch, wenn noch ein Leitungswechsel stattfindet, wenn diese Leitung über Monate ausfällt, man Ersatzpersonen hat, die deutlich mehr kosten, die dann wieder weg sind, und die immer nur einen Teil der Arbeit erledigen und keinen Überblick über ganze Fälle haben.

Die Sozialhilfe ist eine personenbezogene Sache, man muss seine Leute kennen, auch das Umfeld kennen und einen Bezug haben, um vernünftig arbeiten zu können. Insbesondere auch um subsidiäre Leistungen abzurufen. Wir haben bei den Folien von Linus Egger gesehen, dass die Einnahmeseite der Abteilung Soziales abgestürzt ist. Das ist genau der Fall, wenn man Leute hat, die wenig Berufserfahrung haben. Dann wird vergessen zu fragen, ob Stipendien oder sonstige Sozialversicherungsleistungen angemeldet sind. Genau das ist Geld, welches dann über Monate unrechtmässig mit Sozialhilfe, aber nicht wissentlich ersetzt wird, und das ist viel Geld.

Das ist viel Geld, das beim Hereinholen fehlt. Genau das Gleiche bei den Rückerstattungen. Rückerstattung ist eine grosse Arbeit, man rennt den Leuten hinterher, man telefoniert mit den Gemeinden hin und her. Wenn das nur innerhalb des Aargaus ist, dann geht das noch einigermassen, wenn sie aber ausserkantonale weggezogen sind, dann telefoniert man den Steuerämtern hinterher um die Angaben zu erhalten. Das ist mühsam, das ist ein hoher Sachbearbeitungsaufwand, das muss sehr klar strukturiert sein, da müssen Termine gesetzt sein. Sobald Personen ausfallen, geht das verloren, wenn kein System besteht.

Wir haben letztes Jahr gesagt, 30% um die Empfehlungen von Herrn Jenni umzusetzen. Er hat die Abteilung Soziales schon angeschaut und hat Empfehlungen gemacht. Die Empfehlungen von Herrn Jenni konnten noch nirgends umgesetzt werden. Unsere Leiterin Abteilung Soziales hat für ihre Leitungsfunktion 18%. Mit dem ganzen Wechsel von der vorherigen Leitung ist dort gar nichts passiert. Sie ist jetzt im Moment daran, die Abläufe aufzulisten, Musterabläufe zu machen um auch die Einarbeitungen zu erleichtern bzw. Kontrollmechanismen für die Arbeitsabläufe zu haben. Das braucht Zeit, das braucht ziemlich viel Zeit um nebenher noch Fälle zu bearbeiten. Wenn man dringende Sozialhilfefälle hat, dann muss man diese bearbeiten, da kann man nicht sagen, ich mache diese nächste Woche, das geht schlicht und einfach nicht.

Die Abteilung Soziales steht in diesem Konfliktfeld, dass gewisse Seiten, von politischer Seite her sowieso, Sparerwartungen haben. Das ist der Posten, der immer teurer wird, sehr ärgerlich, das Geld geht verloren. Die andere Seite ist der gesetzliche Auftrag, die Sozialhilfeauszahlenden können sich nicht aussuchen ob sie das nun gut oder schlecht finden. Es gibt simpel und einfach ein Gesetz, man muss die Unterlagen einreichen, man muss es innert Frist bearbeiten, sonst gibt es Ärger, und zwar zurecht, weil es einfach ein gesetzlicher Auftrag der Gemeinde ist.

Walter Vega sagt, momentan ist ein motiviertes Team vorhanden, ich würde diesem sehr Sorge tragen, weil ein Team deutlich mehr Leistung erbringt, wenn es zusammenarbeitet. Wenn sie jetzt nun wirklich versuchen, ihre Strukturen neu aufzubauen, würde ich ihnen dafür auch die beantragten weiterhin 30% Sachbearbeitung geben. Das BDO-Ergebnis ist sicher wichtig was da kommt, hat jetzt aber da noch nicht sehr viel Einfluss. Ich möchte euch einfach bitten, der Abteilung Soziales die Chance zu geben das zu machen. Es kommt uns, das ist meine langjährige Erfahrung, teurer, wenn man das verloren gehen lässt, was man eigentlich einfordern müsste, oder was die Sozialarbeiterinnen an subsidiären Leistungen einfordern müssten. Wenn sie es schlicht und einfach nicht wissen, oder keine Zeit haben es zu überprüfen.

Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Zuerst mal möchte ich Petra Rutschmann sagen, dass es noch nicht um diese 30% für ein Jahr geht, sondern es geht jetzt um das nebenamtliche Personal.

Petra Rutschmann: Es wurde vorhin beides angesprochen.

Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Dieser Antrag kommt dann nachher am Schluss. Zweitens möchte ich folgendes gerne wissen. Diese Person gibt es ja jetzt schon, oder? Was macht sie denn jetzt schon, auch schon einführen oder was?

Walter Vega, Gemeinderat: Die Person gibt es selbstverständlich jetzt schon. Sie ist jetzt im Einsatz, wegen einem laufenden Mutterschaftsurlaub. Das war ja auch noch ein Thema, wird hatten vier Schwangerschaften in der Abteilung Soziales in den letzten drei Jahren. Jetzt ist sie, für diese Dame die jetzt im Mutterschaftsurlaub ist, bis Ende November 2018 da.

Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Das andere Argument, welches man bringt, es ist eine alteingesessene Person, die alle Fälle kennt und so, das finde ich jetzt, ist nicht wirklich schlagend. Denn wenn sie nachher weg ist, ist sie auch nicht mehr hier. Wir haben wenn ich das jetzt sagen darf, auch noch solche, die schon lange dabei sind, die das auch wissen.

Walter Vega, Gemeinderat: Aber nicht in der Abteilung Soziales.

Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Nein, aber sonst in der Verwaltung.

Walter Vega, Gemeinderat: Aber die Idee wäre ja, dass sie in der Zeit das Wissen weitergeben kann. Klar, sie kann nicht Leute ersetzen, die schon 15 Jahre dabei sind, das ist mir schon klar. Aber sie kann den Leuten erklären, auf was sie achten müssen, was bei so einem Erbschaftsfall zum Beispiel passiert, wie sie reagieren müssen usw. Also ich war gerade vor Ort als das passiert ist. Wie geht man damit um? Was macht man.

Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Ich weiss schon, ich kenne die Situation.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Antrag Gemeinderat: Konto 5350.3170.02, Leistungen an das Alter, Veranstaltungen, Projekte von jährlich CHF 4'000. Dieses Konto ist um CHF 2'500 zu reduzieren, Streichung Projekt KISS. Der Budgetbetrag beträgt neu CHF 1'500.

Dem Antrag wird mit 34 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Antrag Gemeinderat: Konto 5350.3636.00, Leistungen an das Alter, Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck von jährlich CHF 35'000. Dieses Konto ist um CHF 1'000 zu reduzieren, Reduktion Beitrag an Mobil im Alter. Der Budgetbetrag beträgt neu CHF 34'000, CHF 2'000 für Mobil im Alter.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Antrag Gemeinderat: Konto 5440.3144.00, Jugendschutz, Unterhalt Hochbauten von jährlich CHF 67'170. Dieses Konto ist um 64'000 zu reduzieren, Zurückstellung Dachsanierung Jugendhaus. Der Budgetbetrag beträgt neu CHF 3'170.

Dem Antrag wird mit 24 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Antrag Finanzkommission: Konto 5790.3010.01, Fürsorge, übriges, Löhne nebenamtliches Personal von jährlich CHF 38'400. Der Betrag ist gänzlich zu streichen.

Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen zu 32 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Keine Wortmeldungen.

7 Umweltschutz und Raumordnung

Franziska Grab, Vizeammann: Konto 7101.3199.00, Wasserwerk, Übriger Betriebsaufwand von jährlich CHF 12'050. Für die Gewerbeausstellung wurde an und für sich ein Betrag von CHF 12'050 eingestellt. Der Gemeinderat würde diesen Betrag gerne um CHF 4'000 auf CHF 8'050 kürzen. Der Grund ist, die Wasserversorgung wird an der Gewerbeausstellung zusammen mit der EGS und Untersiggenthal, als Energiestadt einen Stand machen. Untersiggenthal hat auch CHF 8'000 für den Stand gesprochen, und deshalb ist der Gemeinderat der Meinung, dass unserer Wasserversorgung die CHF 8'000 auch reichen sollten. Dann haben wir noch CHF 8'050 im Budget.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Konto 7710.4511.00, Unterhalt und Mehrwertabgabe. Hier geht es um das Friedhofsthema, bei welchem wir nachher darüber abstimmen werden. Der Gemeinderat hat das Mehrwertsreglement nochmals gelesen und hat festgestellt, dass das auch für Bauten und Anlagen der öffentlichen Infrastruktur gültig ist und er ist auch der Meinung, dass der Friedhof in diese Kategorie gehört. Deshalb beantragt der Gemeinderat, dass wir diese CHF 30'000, vorbehältlich dass nachher dafür entschieden wird, aus dem Fonds der Mehrwertabschöpfung herauszunehmen und unter dem Konto 7710.4511.00, als Position auf der Ertragsseite noch anzufügen.

Christian Keller: Die Position mit dem Friedhofreglement, dazu hat die Finanzkommission einen Antrag.

Eugen Frunz: Wenn wir das Geld aus dieser Mehrwertabschöpfung nehmen, mich würde es interessieren, wieviel Geld wir überhaupt da drin haben.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Es gibt Verträge, welche im Rahmen von CHF 3 Millionen abgeschlossen sind, von Leuten, die von der neuen BNO profitieren wollten.

Eugen Frunz: Ist das Geld schon vorhanden?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Das Geld ist zum Teil schon vorhanden und zum Teil in Erwartung. Es gibt die Frist von sechs Jahren, ab 2014 bis das Geld überwiesen sein muss.

Eugen Frunz: Es ging mir nur darum, ob schon Geld darin ist, das man herausnehmen kann, oder ob man Geld heraus nimmt, bevor es darin ist.

Peter Marten: Ich glaube die Diskussion setzt am falschen Ort an, es kommt mir vor, als ob ich zwei Portemonnaies hätte. Ein Portemonnaie kontrolliere ich aufs Genaueste, was hinein- bzw. hinauskommt, beim anderen weiss ich, dass irgendwann Geld hineinkommt, deshalb muss ich es nicht so stark kontrollieren und wenn Geld rausgeht ist es nicht so schlimm. So kommt das bei mir an. Wir geben CHF 30'000 aus für ein Friedhofsreglement. Letztes Jahr wurde dieser Antrag mit 24 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen gestrichen. Und jetzt kommt der genau gleiche Antrag wieder, für CHF 30'000. Ich habe als damaliger Präsident der Finanzkommission die erste Offerte über den Betrag von CHF 36'000 gesehen. Als ich die Stunden gesehen habe, habe mich dort schon gefragt, ist ein Friedhof wirklich so ein komplexes Gebilde. Ist unser Friedhof der einzige Friedhof in der Schweiz? Gibt es möglicherweise Vergleichsreglemente, welche man relativ einfach zu Rate ziehen und vielleicht kopieren könnte? Ist es wirklich so eine riesige Komplexität einen Unterhaltsplan von dem doch überschaubaren Gelände zu erstellen?

Ich wehre mich überhaupt nicht dagegen, dass man dort etwas macht, ich finde es auch gut. Aber es kann doch nicht sein, dass wir CHF 30'000 für so etwas ausgeben, das muss billiger werden. Anstatt, dass man jetzt investiert, und schaut was billiger wird, findet man ein anderes Portemonnaie und hat das Gefühl, das hilft. Nein, das hilft nicht. In der Diskussion der Fraktion kam heraus, man könne mit dem neuen Reglement zusätzliche Einnahmen von CHF 15'000 bis 20'000 generieren. Toll, wieso ist dieses Argument nicht schon vor zwei Jahren gekommen. Wieso beschränkt man sich nicht nur darauf, das Reglement allenfalls zu überarbeiten? Für mich ist diese Vorlage immer noch unausgegoren, ich werde das nicht unterstützen und will den Gemeinderat einladen, noch einmal über die Bücher zu gehen und eine Vorlage zu bringen, die man einstimmig annehmen kann.

Christian Keller: Peter Marten du hast vorgegriffen, wir sind noch nicht beim Friedhofsreglement. Wir sind bei der Mehrwertabgabe, obwohl ich sagen muss, es geht ums gleiche Thema.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich möchte, doch etwas ausführlicher über dieses Thema berichten. Ich mache das in zwei Teilen, zuerst spreche ich von der Revision Friedhofsreglement und dann anschliessend auch über den Teil Neuausschreibung Friedhofgärtner.

Die Überarbeitung des Friedhofsreglements aus dem Jahr 2000 ist nötig. Wir haben noch veraltete Vorschriften in Bezug auf das Grabmal. Dann muss auch die Gebührenanpassung überprüft werden, wir erbringen Gebühren für Überführungen, Grabkreuz, Kremationen, Graböffnung, Urne abholen. Wir haben heute Kosten für Einheimische von CHF 107'000. Die Kanzlei hat bei den umliegenden Gemeinden, das hätte man selbstverständlich schon vor Jahren machen können, jetzt haben wir es gemacht, einen Vergleich, betreffend der Kostenübernahme bei Todesfällen gemacht.

Obersiggenthal ist die einzige Gemeinde, unter acht verglichenen Gemeinden die alle Kosten für die einheimische Bevölkerung übernimmt. Wenn wir unsere Kosten, wie die meisten der umliegenden Gemeinden weiterverrechnen würden, ergeben sich nach ersten Schätzungen des Gemeinderates, ein Potenzial von ca. CHF 50'000. Die anderen Gemeinden verrechnen auch nicht alle alles weiter, aber wir würden uns dem Gros anpassen.

Zum zweiten Teil, der Neuausschreibung des Friedhofgärtners. Die Ausgangslage ist die, wir haben 2011 den Auftrag an einen Friedhofgärtner erteilt, ein Pflege- und Unterhaltsplan hat aber gefehlt. Die Vorgaben erfolgen nach Normpositionen (Anzahl m²). Informativ lagen in der damaligen Ausschreibung die Übersichtspläne des Friedhofs bei. Der Belegungs- und Entwicklungsplan aus dem Jahr 2002 ist überholt, den kann man heute nicht mehr gebrauchen. Das bedeutet, dass eine Kontrolle der Unterhaltsarbeiten, basierend auf den heutigen Unterlagen, den Auftragsgrundlagen, praktisch unmöglich ist.

Wir haben aber auch festgestellt, dass die Qualität, der erbrachten Leistungen der Friedhofgärtnerei, auch entsprechend abgenommen hat. Wir erwarten folgenden Nutzen, aufgrund von erneuerten Unterlagen, die wir natürlich auch digitalisieren möchten. Wir erarbeiten neu den Pflege- und Unterhaltsplan und werden den Belegungs- und Entwicklungsplan überarbeiten. In Papierform gibt es gewisse Unterlagen, die man zusammenfassen muss. Das gibt dann eine Grundlage, für eine Submission eines neuen Friedhofgärtners. Ich möchte erwähnen, dass wir eine Friedhofsfläche von ungefähr 18'000m² haben, für die Pflege CHF 110'000 pro Jahr und für die Graböffnungen CHF 40'000 pro Jahr ausgeben. Total kostet uns der Friedhofgärtner CHF 150'000 pro Jahr. Wir können heute nicht kontrollieren, was da geliefert wird oder nicht. Wir können schon die Gräber zählen, die er öffnet, das ist klar, aber die sonstigen Leistungen sind schwer zu überprüfen.

Mit dieser Submission zusammen wollen wir auch die Variante von Eigenleistungen überprüfen, Untersiggenthal und andere Gemeinden machen das auch mit dem Baudienst. Das könnte unter Umständen preislich sehr interessant sein. Das würde dann allenfalls, je nach dem was sich für eine Situation aus dieser Untersuchung ergibt, einen entsprechenden Einwohnerratsantrag geben, wenn es zusätzliche Pensen bräuchte. Diese Pensen lassen sich dann ja durch die Beträge, die man allenfalls einsparen könnte, rechtfertigen.

Die CHF 30'000 sind eine Grobschätzung, wir haben keine Analyse bei verschiedensten Anbietern gemacht. Das sind grobe Schätzungen und wir rechnen damit, dass es gegebenenfalls auch etwas günstiger sein kann. Aber wenn man beides anschaut, und den Nutzen sieht, welcher er für die Gemeinde bringen sollte, würde ich beim Einwohnerrat schon anregen, dass sie diese Argumente beherzigen und dem jetzigen Antrag, bei dem jetzt auch etwas mehr Informationen vorliegen, wohlwollend zustimmen würden.

Christian Keller: Jetzt haben wir die beiden Konten, die eigentlich auch etwas zusammen gehören, etwas durcheinander gemischt.

Peter Marten: Ich habe eine Verständnisfrage. Vor zwei Jahren wurde von CHF 0 Ertrag, vor einem Jahr von CHF 0 Mehrertrag gesprochen. Vor zwei Wochen an der Fraktionssitzung sprach man von CHF 20'000 potenziellem Mehrertrag und heute von CHF 50'000 Mehrertrag. Wenn wir jetzt noch warten bis im November 2018, dann sind wir bei CHF 70'000.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Die Frage ist natürlich berechtigt, aber an der Fraktionssitzung hatte ich die Auswertung von den anderen Gemeinden noch nicht, das ist der einzige Grund. Da haben wir uns noch nicht getraut, eine so hohe Schätzung zu machen.

Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Aber die Mehreinnahmen habt ihr noch nicht im Budget drin, oder?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Nein, das ist eben ein Teil der Überarbeitung des Reglements, welche in den CHF 30'000 drin ist. Mit der Überarbeitung des Reglements könnte man das evtl. einsparen.

Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Dann kommt das erst ins Budget 2020?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ja, je nachdem wie schnell man es aufgleisen kann. Das ist natürlich nicht ein Thema, dass der Gemeinderat bestimmt. Der Gemeinderat legt das Reglement vor und der Einwohnerrat wird dann darüber befinden.

André Tinner: Ich verstehe nicht ganz, wieso dass man ein Reglement macht, dass CHF 30'000 kosten soll. Kann das nicht die Gemeindeverwaltung machen, wie bei allen Reglementen, das Kopieren und das Zusammenfügen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Die CHF 30'000 sind nicht nur für das Reglement gedacht. Damit die Neuausschreibung Friedhof durchgeführt werden kann, müssen zuerst die Pfleg- und Unterhaltspläne erstellt werden. Diese müssen von einem Landschaftsarchitekten erarbeitet werden und dies kostet vor allem Geld.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Antrag Gemeinderat: 7101.3199.00, Wasserwerk, Übriger Betriebsaufwand von jährlich CHF 12'050. Dieses Konto ist um CHF 4'000 zu reduzieren, Reduktion Kosten Gewerbeausstellung. Der Budgetbetrag beträgt neu CHF 8'050.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Antrag Finanzkommission: Konto 7710.3132.00, Wasserwerke, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc. von jährlich CHF 63'000. Dieses Konto ist um CHF 30'000 zu reduzieren, Überarbeitung Friedhofreglement. Der Budgetbetrag beträgt neu CHF 33'000.

Dem Antrag wird mit 23 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen zugestimmt.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich muss ehrlicherweise sagen, ich verstehe den Einwohnerrat jetzt nicht. Ich habe aufgezeigt, dass wir die Überarbeitung des Friedhofreglements nicht selber machen können, dazu haben wir die Kapazität nicht. Wir würden damit rund CHF 50'000 einnehmen, das hat man jetzt einfach mal weggewischt. Wir geben CHF 150'000 pro Jahr für den Friedhofgärtner aus, den wir nicht kontrollieren können. Das wurde jetzt auch einfach weggeputzt, ich finde, es ist einfach eine Zwängerei. Klar kommen wir jetzt schon das dritte Mal, aber jetzt haben wir Argumente, bei denen ich der Meinung bin, die den Einwohnerrat befriedigen sollten. Ich verstehe diese Entscheidung nicht, das ist, aus meiner Sicht völlig kontraproduktiv. Es geht um Gelder, die wir hereinholen können, es geht um eine bessere Kontrolle, die wir machen können. Es geht darum, dass wir beim Friedhofsgärtner günstiger fahren können, und was macht der Einwohnerrat, er schickt das bachab.

Peter Marten: Ich glaube das Parlament ist dazu da, dass man auch eine Debatte führt. Ein Vorschlag zur Güte, wenn ich jetzt im Gemeinderat gewesen wäre, hätte ich zum Beispiel einen Kreditantrag von CHF 7'500 für die Erarbeitung des Reglements gestellt. Dann wäre es für die Leute hier drin wahrscheinlich etwas nachvollziehbarer. Du sprichst über Zwängerei, wenn ihr drei Mal bachab geht, dann frage ich mich schon, ob das vielleicht auch etwas mit Zwängerei zu tun hat. Aber das ist meine persönliche Meinung.

8 Volkswirtschaft

Linus Egger, Gemeinderat: Konto 8120.3199.00 Strukturverbesserungen, Übriger Betriebsaufwand von jährlich CHF 5'000 und Konto 8120.4260.00 Strukturverbesserungen, Rückerstattungen Dritter von jährlich CHF 2'500. Unsere Landwirtschaftskommission nimmt zusammen mit Untersiggenthal an der Gewerbeausstellung teil. Der Forst wird auch mitmachen. Wir beantragen dafür CHF 5'000 auf dem Konto 8120.3199.00. Der Beitrag von Untersiggenthal ist die Hälfte, CHF 2'500 als Ertrag auf dem Konto 8120.4260.00. Ich bitte euch, diesen beiden Anträgen zuzustimmen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Antrag Gemeinderat: Konto 8120.3199.00 Strukturwesen, Übriger Betriebsaufwand von jährlich CHF 5'000. Das Budget ist mit diesem Konto zu ergänzen, Gewerbeausstellung, Landwirtschaft. Der Budgetbetrag beträgt CHF 5'000.

Dem Antrag wird mit 33 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen zugestimmt.

Antrag Gemeinderat: Konto 8120.4260.00 Strukturwesen, Rückerstattungen Dritter von jährlich CHF 2'500. Das Budget ist mit diesem Konto zu ergänzen, Rückerstattung von Untersiggenthal. Der Budgetbetrag beträgt CHF 2'500.

Dem Antrag wird mit 36 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Petra Rutschmann: Konto 8140.3637.09 Produktionsverbesserungen Pflanzen, Beiträge an Private / Mäusefang von jährlich CHF 1'000. Ich habe eine Anmerkung zu einigen Skills. Ich möchte einfach anmerken, dass das an der letzten Budgetsitzung gestrichen wurde. Es wurde beschlossen, dass es genug Katzen habe, die diese Mäuse fangen können. Gleichzeitig wurde auch entschieden, dass das Neophytenjäten für CHF 2'000 gestrichen wird. Ich finde es stossend, dass der Mäusefang offensichtlich wichtiger ist als das Neophytenjäten, ich würde das umgekehrt bewerten.

9 Finanzen und Steuern

Franziska Grab, Vizeammann: Konto 9901.3111.00 Bauamt / Baudienst, Anschaffung Maschinen, Geräte und Fahrzeuge von jährlich CHF 79'250 und Konto 9901.3151.00 Bauamt / Baudienst, Unterhalt Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge von jährlich CHF 15'000. Wir haben gesagt, dass wir den Baudienst verschieben, das heisst, das Konto 9901.3111.00 würde sich um CHF 62'000 reduzieren. Dafür müssen wir die Reparatur von CHF 15'000 auf das Konto 9901.3151.00 nehmen

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Antrag Gemeinderat: Konto 9901.3111.00 Bauamt / Baudienst, Anschaffung Maschinen, Geräte und Fahrzeuge von jährlich CHF 79'250. Dieses Konto ist um CHF 62'000 zu reduzieren, Streichung Anschaffung Fahrzeug Baudienst. Der Budgetbetrag beträgt neu CHF 17'250.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Antrag Gemeinderat: Konto 9901.3151.00 Bauamt / Baudienst, Unterhalt Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge von jährlich CHF 15'000. Dieses Konto ist um CHF 15'000 zu erhöhen, Reparatur Fahrzeug Baudienst. Der Budgetbetrag beträgt neu CHF 30'000.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Christian Keller: Wir sind mit der Detailberatung durch und kommen zu den Eigentwirtschaftsbetrieben Wasserversorgung, Abwasser und Abfallentsorgung. Gibt es Voten dazu?

Keine weiteren Wortmeldungen.

Christian Keller: Wir kommen zu den Anträgen der Finanzkommission.

Abstimmung

Antrag Finanzkommission: Der Steuerfuss von 105% bleibt unverändert.

Dem Antrag wird mit 36 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Antrag Finanzkommission: Die Summe, der von der Gemeinde entlohnten Mitarbeiter von total 58.95% Pensen sei abzulehnen und auf Total 58.65% Pensen festzusetzen.

Walter Vega: Ich habe noch ein paar Folien vorbereitet, ein paar von euch haben die schon letztes Jahr gesehen. Es geht hier grundsätzlich um Feststellungen bei der Abteilung Soziales. Zur Erinnerung, die Komplexität von den Sozialhilfedossiers, kann man immer nur sehr schwer voraussagen. Es gibt auch vieles, das man grundsätzlich nicht vorhersagen kann, ich habe ein konkretes Beispiel von heute. Ich bin jetzt im Vorstand vom Kinder- und Erwachsenenschutzdienst (KESD) des Bezirks Baden, dort wurde gesagt, dass sie für die Beistände, für die Klienten kein grosses Konto machen dürfen, sondern jeder muss für sich ein separates Konto haben. Jetzt müssen sich alle diejenigen, die Sozialhilfebezüger sind, bei der Abteilung Soziales melden. Dieser muss nun im System alles anpassen damit es wieder funktioniert. Das sind Aufwände, die in der Administration entstehen, welche man nicht planen kann.

Die Berechnungen sind Erfahrungswerte, die wir haben, das ist keine exakte Wissenschaft. Wir haben es da mit Menschen zu tun, wir sagen denen Klienten, aber die meisten dieser Menschen haben Mühe mit den Herausforderungen des täglichen Lebens, und können das in der Regel nicht selbstständig meistern. Deshalb braucht es auch immer mehr regelmässige Kontakte zu diesen Leuten. Wenn man sie einfach alleine irgendetwas machen lässt, dann werden die nie integriert. Das ist aber ja genau das, was wir erreichen wollen. Wir wollen sie ja integrieren, so dass wir die Leute möglichst wieder ins Arbeitsleben zurückbringen können. Sonst

haben wir die ewig als Sozialhilfebezüger bei der Abteilung Soziales. Wie gesagt, es sind Menschen, mit ihren Charakterzügen, es ist auch nicht immer ganz einfach mit diesen Menschen, es braucht auch viel Geduld. Es braucht eine gewisse Zeit, bis die administrative Abteilung des Sozialdienstes, das ist der erste Kontakt, welche die Antragsteller haben, das Gesuch bearbeiten können. Sie legen nach gleich los und wollen dann natürlich gleich alles Mögliche haben. Ganz ein wichtiger Punkt, den ich sagen muss, ohne die Penseneinhaltung, die wir jetzt hier haben, kann ich nicht mehr garantieren, dass wir den gesetzlichen Auftrag erfüllen können. Das ist wichtig, das liegt mir wirklich am Herzen, dass diese Aussage auch so protokolliert ist und dass es auch jeder gehört hat. Denn die Zahlen, die ich nachher zeige, sind nicht nice to have, das ist doch irgendwie kalkuliert.

Das habe ich letztes Mal auch gezeigt und ich möchte jetzt nicht nochmals alles im Detail durchgehen. Einfach zum Zeigen, was die Abteilung Soziales alles für Aufgaben hat. Es ist also wirklich nicht zu unterschätzen. Nur schon bei der Pflegekinderverordnung, dort müsste die Abteilung Soziales die Familien, die Pflegeeltern regelmässig besuchen, um zu prüfen, ob es diesen Pflegekindern gut geht. Das ist eine Aufgabe, die gesetzlich vorgegeben ist. Es gibt auch noch die Sozialberichte, die sie für die KESD schreiben müssen, obwohl das ja zum KESD Baden ausgelagert ist, hat das damit nichts zu tun. Die Berichte müssen nach wie vor durch die Abteilung Soziales bei uns geschrieben werden. Dafür braucht es auch Unterstützung durch die Administration.

Per Ende August waren wir bei ungefähr 140 Dossiers. In diesen Dossiers sind die ganze wirtschaftliche Sozialhilfe, die Elternschaftsbeihilfe und die Alimenterbevorschussungen enthalten. Was aber auch wichtig ist, es ist nicht nur die Zahl der Dossiers, denn wenn die stabil ist und nicht viel passiert, dann gibt es auch nicht so viel Arbeit. Aber es gibt immer wieder Bewegungen. Wir haben in der Regel ungefähr 10 Neuzugänge und Abgänge pro Monat, und das gibt zu tun. Die Administration muss wieder Dossiers eröffnen oder muss die Dossiers wieder einscannen. Dann muss die Sozialarbeit damit beginnen das Ganze zu analysieren, und diese Arbeit ist nicht zu unterschätzen.

Und wie sind wir auf diese Zahlen gekommen? Relativ viele Leute haben sich darüber Gedanken gemacht und haben auch ganze Dokumente geschrieben. Berühmt ist das von Vogel und Mangold, die haben eine Berechnungsformel erstellt, die dann aussagt, wie viele Pensen benötigt werden um diese Dossiers vernünftig abzuarbeiten. Grundsätzlich braucht es für achtzig Dossiers eine 100%-Stelle. Das sind Durchschnittswerte, es gibt komplexere aber auch einfachere Fälle. Man sagt, dass für die Sachbearbeitung, das ist die Administration zu einer 100%-Stelle Sozialarbeit, nochmals 50% dazukommen.

Mittels Folien wird folgendes aufgezeigt. Auf der einen Seite haben wir den Antrag, es geht hier hauptsächlich um die 130% für die Administration. Die andere Möglichkeit ist, die ja jetzt von der Finanzkommission kommt, das braucht es nicht, man fährt wieder runter auf 100%. Gemäss Vogel/Mangold müssten wir eigentlich bei der Administration bei 133% sein, um diese Arbeit wirklich sauber erledigen zu können. Das heisst, wenn wir hier wirklich auf 100% runter gehen, dann wären es sogar 33%, die weniger sind.

Bei den Sozialarbeitern sind wir auf der guten Seite, wir haben sogar ein wenig Spatzig sage ich mal. Aber da möchte ich jetzt auch nicht runterfahren, ihr dürft nicht vergessen, wir sind an einem Postulat, bei dem es um die Sozialkommission geht. Das wird sicher auch noch eine gewisse Arbeit geben, falls es natürlich akzeptiert wird, aber wir sind sehr intensiv am Vorbereiten. Das Ziel von mir ist, dass wir das im November besprechen können. Dann werden wir froh sein, wenn wir für das noch etwas Spatzig haben. Aber das ist ja nicht das Thema heute. Ich möchte euch wirklich ans Herz legen, das heute bitte nicht abzulehnen. Es wäre auch jetzt wieder befristet für ein Jahr, obwohl man eigentlich sagen müsste, dass es nicht befristet ist, denn die Berechnung sagt es braucht die 130%. Was ich auch gemacht habe, ich habe bei anderen Gemeinden geschaut und habe es etwas verglichen. Wir sind ja nicht die Einzigen, die mit diesen Zahlen jonglieren, es gibt andere Gemeinden, die sind etwa ähnlich gelagert.

Es ist nicht immer einfach, das 1:1 zu vergleichen, denn zum Teil haben die noch andere Funktionen. Zum Beispiel ist die ganze SVA-Zweigstelle bei uns der Kanzlei angehängt, andere Gemeinden haben die bei der Abteilung Soziales angegliedert. Dass muss man dann halt wieder herausrechnen, das ist nicht ganz einfach. Aber grundsätzlich kann man sagen, dass die Zahlen stimmen, bei den Gemeinden die ich angeschaut habe, wird auch so gerechnet. Also meine Bitte nochmal, akzeptiert bitte meinen Antrag und nicht den von der Finanzkommission.

Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Diese 30%-Stelle, die da wieder beantragt wird, die haben wir ja vor einem Jahr eigentlich nur bewilligt, weil wir dort die Aussage hatten, dass es tatsächlich nur für ein Jahr ist. Jetzt wird das schon wieder um ein Jahr verlängert, das heisst also, es wird jetzt einfach jedes Jahr wiederkommen. Das wird also ein Dauerbrenner sein. Ich glaube, dass wir wirklich mal gesagt haben, dass man jetzt auf diese Pensen-Erhöpfung verzichtet und schaut, ob es nicht mit dem IST-Zustand geht. Deshalb beantragt die Finanzkommission, dass wir diese 30% für die Abteilung Soziales nicht bewilligen.

Carol Demarmels: Ich habe kein Votum vorbereitet, ich habe schnell zwei Fragen. Gemäss Art. 38 Abs. 4 der Sozialhilfeverordnung, dass weiss ich per Zufall, dürfen maximal 100 Fälle pro 100%-Stelle abgearbeitet werden. Erfüllen wir das überhaupt noch, ohne diese Erhöhung? 80 Fälle wäre ja unser Ziel, aber ohne Erhöhung? Das heisst, wenn wir die 30% nicht bewilligen, würden wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht mehr erfüllen.

Zudem habe ich noch zu deinen Ausführungen eine Frage. Du hast mehrmals „müssten“ gesagt. Wir müssten diese Pflegekinderfamilien besuchen. Was heisst das? „Müssten“, das macht mir etwas Angst. Müssten, aber machen es nicht, oder?

Walter Vega, Gemeinderat: Ich sage nicht, dass sie es nicht machen, aber sie machen es nicht in dem Ausmass, wie es sein sollte. Es gibt gewisse Regeln, die habe ich jetzt nicht im Kopf, wie oft sie vorbeigehen müssen. Ich glaube nicht, wenn ich sehe wie der Arbeitsstand ist, dass sie das wirklich so einhalten können. Ich will jetzt nicht sagen, dass sie nie jemanden besuchen, aber sie machen es nicht so, wie es sein sollte.

Carol Demarmels: Da möchte ich einfach darauf hinweisen, dass wir die Sozialhilfeverordnung eigentlich gerade doppelt verletzen würden. Einerseits aufgrund der Gegebenheiten und andererseits aufgrund von der Umsetzung.

Petra Rutschmann: Ich möchte zu den 30% auch noch etwas sagen. Ich möchte mich nicht wiederholen, es ist etwa wieder das Gleiche, was ich vorher schon gesagt habe. Bei den Pflegekinderbesuchen ist das Minimum 1 mal jährlich, und ich hoffe sehr schwer, dass unsere Gemeinde dem nachkommt. Denn das wäre ein Fall, den man der Aufsicht melden müsste, denn das geht gar nicht. Wir haben genug Geschichte, was das betrifft und das würde ich persönlich melden, wenn das nicht der Fall wäre.

Mit dieser Verordnung war es früher Usus, dass man sagte, 100 Fälle auf 100%. Das haben früher die Sozialarbeiter geschafft, aber das hat schon länger nicht mehr funktioniert. Das war schon als ich studiert habe, nicht mehr üblich. Ich nehme an, die Verordnung zielt darauf ab, als man den Artikel gesetzt hat, dass mehr Fälle nicht zu bewältigen sind, und man nicht mehr vernünftig arbeiten kann. Beim Antrag an und für sich, unterstütze ich Walter Vega einfach, auch aufgrund von den Rückmeldungen, die man aus dem Dienst hat. Das sie wirklich die Stellenprozente auch zur Verfügung haben um ihre Arbeit vernünftig machen zu können.

Marcel Müller: Also zum Thema Arbeit richtig machen oder nicht richtig machen oder richtig machen können, stellt sich natürlich noch die Frage der Situation im personellen Bereich der Abteilung Soziales. Wenn man natürlich so viele Ausfälle hat, und Leute die gar nicht da sind, dann wird's in jedem Betrieb auch schwierig, alle Arbeiten immer so zu machen wie sie vielleicht gemacht werden müssten. Da müssten wir vielleicht schon noch mal genauer wissen,

was geschuldet ist, bei diesen grossen personellen Umbrüchen, die wir bei der Abteilung Soziales haben. Dass die Klienten nicht leiden sollten ist klar, aber ich glaube, dass wir jetzt schon aufpassen müssen.

Der ganze Bereich Soziale Sicherheit wächst bei den Ausgaben am stärksten. In der Rechnung 2018 wird das sein, im Budget 2019 wird das sein und irgendwann müssen wir der Bevölkerung auch mal klarer sagen, was das für Kosten sind. Man kann nicht einfach hingehen und sagen, dass das gebunden ist und wir da nichts machen können. Irgendwann wird die Bevölkerung fragen, was ist da los. Hat das mit der personellen Situation zu tun, dass man zum Beispiel die Rückerstattungen nicht macht, das wäre natürlich ganz übel. Die haben wir auch zugute, die werden aber nicht gemacht und unsere Steuerzahler zahlen das. Dies, weil man Fristen verpasst hat, weil man es gar nicht gemacht hat usw. Du hast ein bisschen angetönt, ja sie müssen geschult und eingearbeitet werden etc. Das verstehe ich alles, aber der Steuerzahler in dieser Gemeinde darf deswegen nicht leiden.

Genauso wie der Sozialhilfeempfänger oder der Betreute nicht leiden soll, wenn man die Arbeit nicht machen kann. Dann wäre ich sogar dafür, dass diese Person, die früher alle Fälle gekannt hat, denn das ist people business, noch mehr kommt. Dann zahlen wir halt nochmals CHF 20'000, aber das muss wieder laufen, die Abteilung Soziales muss wieder laufen. Das läuft nicht, das geht nicht. Denn draussen im Volk müssen wir irgendwann erklären, warum das so massiv ansteigt. Bei den Gesundheitspflegekosten sind es unsere alten Menschen, die jahrzehntelang Steuern in dieser Gemeinde bezahlt haben. Jetzt werden sie krank und es entstehen Pflegekosten, das können wir immer ins Feld führen, das finde ich gut. Aber wir sollten nicht nur bei den Pflegekosten, sondern wirklich auch auf der Sozialeseite schauen, denn sonst werden die Steuererhöhungen nicht so einfach durchgehen, davon bin ich überzeugt. Wenn wir das thematisieren und keine gute Erklärung haben, wird das in Zukunft nicht so einfach durchgehen.

Eugen Frunz: Wir haben letztes Jahr im November die Beistandschaften ausgelagert. Das war dort, als wir diese 30%-Stelle bewilligten, wenn ich mich richtig erinnere. Dort haben wir gesagt, dass wir nur hinter dem Vorschlag der SP/Grünen stehen, wenn man es auf ein Jahr befristet, um die Massnahmen umzusetzen, welche man dort angeregt hat. Dass man die Überstunden abbauen kann usw., dafür hat man die Stelle damals bewilligt. So geht es aus dem Protokoll hervor. Jetzt stellt sich die Frage, konnten diese Überstunden nicht abgebaut werden oder haben sie sich einfach daran gewöhnt, dass sie jemanden mehr haben und jetzt gerne mit jemandem mehr weiterarbeiten würden. Für mich haben wir letztes Jahr beschlossen, dass wir die für ein Jahr bewilligen, damit man die Massnahmen umsetzen kann, die man dort angedacht hat. Die 30% waren dafür, um die Leute zu entlasten, ist das jetzt passiert oder ist das nicht passiert?

Walter Vega, Gemeinderat: Marcel Müller, du hast es richtig gesagt, wir müssen die Abteilung Soziales auf Vordermann bringen, das ist ganz wichtig. Das ist der Motor. Aber, dass die Sozialhilfekosten steigen, dafür können sie nicht direkt etwas. Was sie machen können ist, sie können schauen, dass sie die Leute wieder möglichst schnell integrieren können. Das sie möglichst wieder aus der Sozialhilfe kommen, dass möglichst schnell die subsidiären Leistungen der IV, der Ergänzungsleistungen usw. wieder reinkommen. Die ganzen Rückerstattungen, die Erbschaften, die ich vorher erwähnt habe. Sauber schauen, dass man Verwandtenunterstützung prüfen kann, das ist auch ein riesiges Thema. Das muss gemacht werden, bevor einer anfängt, das ist alles Zeitaufwand, den es braucht um das sauber zu machen. Erst dann können wir anfangen, auf der Ertragsseite etwas hereinzuholen. Auf der Aufwandseite kann man nicht viel machen, wenn einer da ist, der Sozialhilfe will, dann müssen wir sie ihm geben. Ich kann ihn nicht einfach auf die nächste Gemeinde schicken, das dürfte ich auch nicht, ich kann es schon probieren, aber es kommt nicht gut.

Von dem hergesehen, können wir nur sehen, dass auf der Ertragsseite etwas passiert und dafür brauchen sie Zeit. Also eigentlich hast du mir jetzt fast die Begründung gegeben, dass wir die Pensen brauchen.

Marcel Müller: Ich persönlich bin der Meinung, dass wenn das der Haken ist, und wir dadurch nicht mehr Sozialhilfefälle in der Gemeinde haben, aber wir nicht nachkommen mit Geld einzuziehen, das wir zugute haben, dann benötigen wir selbstverständlich mehr Ressourcen. Deshalb habe ich vorhin auch zugestimmt. Nur, die Ressourcen müssen dann auch für das verwendet werden. Wir müssen auf einen grünen Zweig kommen, denn draussen sieht man einfach, dass die Sozialhilfekosten stark steigen und das werdet ihr am besten erklären müssen, denn sonst wird es einfach mit den Steuererhöhungen schwierig, davon bin ich überzeugt. Und wenn ihr sagen müsst, dass ihr nicht alles zurückgefordert habt, was ihr könntet, dann müsst ihr sowieso die Hinteren nach vorne nehmen, dann fragen sich die Steuerzahler was hier los ist, was wir da für Personal haben.

Walter Vega, Gemeinderat: Also nochmals, die Rückerstattungen sind ganz ein wichtiges Thema. Es gibt bei den Rückerstattungen eigentlich zwei Themen, bei denen man Geld hereinholen kann. Das sind Erbschaften und Lotteriegewinne. Es gibt noch etwas anderes. Man sollte jedes Jahr oder alle zwei Jahre das ganze Register durchgehen, 15 Jahre zurück, und sehen ob das einer von denen ist, der Glück gehabt hat und nun plötzlich genug Geld auf der Seite hat. Diesen zu erwischen, wenn er noch in der Gemeinde wohnt, ist noch relativ einfach, auch wenn er bei der nächsten Gemeinde ist, geht es noch einigermaßen. Wenn er dann aber noch in einen anderen Kanton gezogen ist, dann wird es ganz aufwändig, den überhaupt noch zu finden.

Marcel Müller: Im Zeitalter von Google, sage ich jetzt mal, ist es einfacher als vor Google. Wenn ich jemanden suche, den ich lange nicht mehr gesehen habe, und der nicht gerade Müller heisst so wie ich.

Walter Vega, Gemeinderat: Ja, aber im Google erhältst du wahrscheinlich keine Steuerdaten von ihm.

Marcel Müller: Nein, aber vielleicht siehst du mal, wie er heute so lebt über Facebook, Instagram etc.

Walter Vega, Gemeinderat: Ich möchte noch kurz zu Eugen kommen, er hat auch noch eine Frage gestellt. Ich glaube im Protokoll stand nicht, wenn du es ganz genau liest, dass ihr gesagt habt, es braucht die 30% grundsätzlich nicht. Ihr habt einfach gesagt, seht, ob ihr irgendetwas optimieren könnt. Die 130%, die braucht es von der Kalkulation her, anhand der Zahlen, die wir haben. Wieso, dass wir die ganzen Sachen in dem Jahr nicht abarbeiten konnten, das liegt wirklich daran, dass die Wechsel in dieser Abteilung stattgefunden haben. Die Chefin kam im März, und musste das Ganze natürlich auch zuerst aufgleisen. Wir haben im Prinzip noch eine Person, die von Anfang an dort war. Deshalb sind sie nicht dazu gekommen, die ganzen Sachen zu bearbeiten, das war der Grund.

Micha Jetzer: Ich habe nur eine kleine Verständnisfrage. Im Säulendiagramm hast du die Sozialarbeiter und die Administration in zwei Säulen dargestellt. Von der Berechnung her hast du bei den Sozialarbeitern eigentlich einen Überschuss von 13% und in der Administration fehlen theoretisch, gemäss Berechnung 33%. Sind das zwei verschiedene Büros oder gibt es einen Grund, weshalb die Sozialarbeiter keine administrativen Arbeiten übernehmen können.

Walter Vega, Gemeinderat: Es stand nicht Sozialdienst sondern Sozialarbeit. Das sind wie zwei Teams. In der Sozialarbeit sind es wirklich die Sozialarbeiter und –Sozialarbeiterinnen, die haben eine ganz andere Qualifikation wie diejenigen, die in der Administration sind. Also diejenigen in der Administration können die Sozialarbeit nicht machen. Die machen wirklich die administrativen Arbeiten, das Eröffnen der Dossiers, die Schaltertätigkeit und die Kundenberatung betreffend Unterlagen. Ohne korrekt ausgefüllte Unterlagen müssen sie gar nicht erst vorbeikommen. Das ist das Intake oder Vorintake, wie das alles heisst. Danach gibt es dann die Sozialarbeit, die befassen sich dann wirklich mit den Klienten. Das sind zwei Berufsrichtungen, die es gibt.

Christoph Alder: Ich arbeite seit 18 Jahren im sozialen Bereich, davon acht Jahren auf Sozialen Diensten. Ich masse mir an, auch ein wenig eine Meinung dazu zu haben. Es sind einfach zwei verschiedene Sachen. Die eine Geschichte ist, als Antwort an dich Marcel Müller, ja ich erwarte von der BDO, bei dieser Tiefenprüfung, dass sie in die Tiefe gehen. Ich erwarte, dass wenn der Gemeinderat mit dieser Arbeitsgruppe, mit dieser Kerngruppe anfängt, dass die Leistungen ausgewiesen werden. Dann können wir es dem Steuerzahler auch erklären, was für Leistungen das sind, wieviel sie uns kosten und das noch verknüpft mit dieser BDO Tiefenprüfung. Dann will ich bis auf das letzte Detail genau wissen, wieviel wir für die Pflegekinder usw. ausgeben. Ich will wissen, was gemacht wird, ich will wissen wieviel es kostet. Und sonst gebe ich dir vollkommen Recht, sonst wird es schwierig das zu erklären. Das ist auch meine Antwort auf die gebundenen Kosten, denn das ist wirklich immer so, es ist schon fast unfair wenn wir ständig mit dem kommen. Ich weiss es, dass es so ist, aber ich muss es dem Stimmbürger und meistens auch noch dem, der von dem keine Ahnung hat, erklären.

Die 30%, das hast du vorher selber gesagt, das ist people business oder so. Du musst deine Pappenheimer kennen, und die brauchen nun einfach noch ein Jahr bis sie ihre Pappenheimer kennen. Denn das ist tatsächlich so, wie vorher bereits Petra Rutschmann und Walter Vega gesagt haben, das sind ja nur 140 Dossiers. Ich leite die Schulsozialarbeit in der Stadt Baar und wir haben 3'100 Schüler und 140 Schulklassen, und am Schluss reduziert es sich immer auf die gleichen 30 Schüler, welche Unsinn machen. Und die 140 musst du einfach in den Griff bekommen und dafür brauchen sie jetzt halt einfach noch ein Jahr Zeit. Bei der Übergangsphase, welche jetzt mit diesen 30% eigentlich gemacht wird, habe ich auch die Erwartung, dass ihr spätestens in einem Jahr die Dossiers im Griff haben müsst. So einfach ist das, und bis dahin braucht es, weil auch vieles im Jahreszyklus ist, weil alles eigentlich einmal passiert. Dafür braucht nun noch ein- oder zweimal und dann ist gut. Wir müssen wirklich verhindern, dass es wieder ständig Fluktuationen gibt, denn das ist dann ein Riesenproblem.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag Finanzkommission: Die Summe, der von der Gemeinde entlohnten Mitarbeiter von total 58.95% Pensen sei abzulehnen und auf Total 58.65% Pensen festzusetzen.

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen zu 31 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Carole Demarmels: Es ist jetzt 23.00 Uhr und ich habe das Gefühl, das das nächsten Traktandum, der nächste und übernächste Lohnantrag wird wieder sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Ich stelle deshalb einen Antrag um Vertagung der Sitzung.

Christian Keller: Wir stimmen über deinen Antrag ab. Es sind zwar nur noch die Anträge der Finanzkommission und dann kommen wir zur Schlussabstimmung. Wir können jetzt abrechnen und den Rest morgen machen oder wir ziehen es durch.

Abstimmung

Ordnungsantrag von Carol Demarmels: Vertagung der Sitzung auf morgen.

Der Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen zu 31 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Antrag Finanzkommission: Die Lohnerhöhung von + 0.5%, die der Gemeinderat beantragt, sei abzulehnen.

Christian Keller: Das betrifft den Personalaufwand.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Die Gemeinde ist seit 2014 im Sparmodus, aber die Mitarbeitenden erbringen nach wie vor gute Arbeitsleistungen. Wir hatten zwischenzeitlich zwei Nullrunden und ich muss schon sagen, wir haben ein strukturelles Problem. Wir haben ein strukturelles Einnahmenproblem und dafür können wir die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung nicht noch bestrafen. Leider kann in einer Gemeindeverwaltung nicht wie in der Privatindustrie vorgegangen werden, dort kann eine Abteilung, die nicht läuft, einfach gestrichen und Leute entlassen werden. Hier unterscheidet sich der Gemeindebetrieb von der Privatindustrie. Die Aufgaben einer Gemeindeverwaltung müssen auch erbracht werden, wenn die Einnahmenseite nicht stimmt. An der Grundlast der Verwaltungsaufgaben ändert sich deswegen nichts. Wir haben immer noch 8'500 Einwohner, welche entsprechende Dienstleistungen benötigen.

Wenn der Einwohnerrat jetzt das halbe Prozent ablehnt und der Grossrat das beantragte 1% durchwinkt, ist das für unsere Mitarbeitenden kein gutes Zeichen. Wir müssen schon sagen, es handelt sich um ein kleines, aber es ist ein wichtiges Zeichen, das man als Gemeinderat geben kann und schlussendlich auch als Einwohnerrat. Es geht hier nämlich um durchschnittlich unter CHF 30 pro Person und Monat. Wir reden hier nicht von grossen Lohnerhöhungen, sondern es ist ein symbolisches Zeichen, das wir geben können, mehr ist es gar nicht. Darum möchte ich dem Einwohnerrat, stimmen sie diesem Antrag zu. Als Zeichen für die Mitarbeitenden, die übrigens auch unter dem Spardruck leiden, denn es ist einfach eine bedrückte Stimmung in der ganzen Gemeinde, und insbesondere auch in der Verwaltung.

Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Die Finanzkommission hat schon im Vorfeld dem Gemeinderat signalisiert, dass wir dieses Jahr keine Lohnerhöhung möchten. Angesichts der Situation, die sich abgezeichnet hat, ist das sicher auch gegenüber der Bevölkerung kein tolles Zeichen, wenn wir jetzt diese 0.5% sprechen. Wenn ihr sagt, es ist ein Symbol, dann kann man aber auch gerade so gut auf das Symbol verzichten, denn mehr kaufen können sie sich damit ja auch nicht.

Christian Buser: Ich würde gerne wissen, ist es wie eine Giesskanne, so wie du es gesagt hast, es bekommt jeder 0.5% mehr, oder ist es einfach die Gesamtlohnsumme, die sich um 0.5% erhöht, und es wird an definierte Fälle ausbezahlt? An der Fraktionssitzung hiess es, dass es nicht jeder bekommt, sondern man hat einfach die Gesamtlohnsumme zur Verfügung. Heute tönt es aber nach Giesskanne, für mich sind das schon auch noch Unterschiede.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Erstens hat der Gemeinderat noch nicht definitiv darüber beschlossen, das kommt erst im November und zweitens ist es nicht vorgesehen nach Giesskannenprinzip zu verteilen. Mit dem wenigen Geld wird versucht, diejenigen die wirklich oben ausstechen, ein wenig zu unterstützen. Wir haben ein Leistungssystem, welches entsprechend, gemäss Qualifikation berücksichtigt wird.

Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen: Die Lohnsumme ist über das Gesamte gegeben. Die Feinheiten, die angesprochen wurden, geht es wirklich darum, ob wir es generell beschliessen, dann bekommen alle gleich viel, oder individuell, und wir haben im Hintergrund ein Lohnraster, der eigentlich Junge und solche, die tiefer im Lohnband sind, bevorzugt. Zusätzlich käme noch dazu, dass eine Leistungskomponente darin ist. Das heisst, das aufgrund des Qualifikationsgespräches, diejenigen die eine bessere Qualifikation haben, dass diese die Verteilung auch mehr steuern als andere, welche ihre Leistung nicht so gut oder weniger gut erbringen.

Andreas Baumgartner: Ich möchte schnell darauf eingehen, was Ursula Haag gesagt hat. Ich glaube es ist allen klar, dass man mit diesem Symbol nicht mehr kaufen kann, aber ich denke das ist eine Form von Wertschätzung und gerade in schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass man das auch zu spüren bekommt.

Lukas Füglistler: Die Argumentation ist einfach schwach, du hast vorher gesagt, dass es im Schnitt CHF 130 mehr gibt. Bei CHF 130 ein halbes Prozent.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Unter CHF 30 nicht CHF 130, weniger als CHF 30.

Lukas Füglistler: Dann wäre ich froh, wenn man deutlicher spricht.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Also es ist schon so, nicht dass ich missverstanden werde. Es geht über das Gesamte gesehen, um etwa CHF 20'000. Das gibt pro Monat, wenn man den Durchschnitt nimmt, etwa CHF 27 pro Mitarbeiter. Also unter CHF 30 und nicht CHF 130. Das ist wirklich symbolisch und ist nicht im Sinne eines Symbols, sondern es ist als Motivator gedacht und als kleiner Dank an die Mitarbeitenden.

Markus Renggli: Ich bin etwas irritiert über das, was ich vorher gehört habe. Ihr müsst also im Gemeinderat noch darüber abstimmen, wie ihr das Geld dann verteilen möchtet. Ist das so? Ok. Also was wir sagen können ist, ihr habt das Geld zur Verfügung und ihr könnt es verteilen.

Christoph Alder: Wir haben uns logischerweise auch damit auseinandergesetzt. Ihr dürft 3mal raten was wir davon halten. Wir werden sowohl den Antrag 3 wie auch den Antrag 4 logischerweise ablehnen. Falls ihr dem Antrag der Finanzkommission zustimmen würdet, dann hätte ich noch einen weiteren Antrag zum Nachreichen, dann könnt ihr auch gleich die Weihnachtskärtchen weglassen, in welchen dann steht, wie wertschätzend und toll ihr arbeitet usw. Denn wir in Aarau haben neun Jahre am Stück diese Weihnachtskärtchen erhalten und am 5. Januar wurde immer noch von der Stadtpäsidentin ein Weihnachtsapéro ausgerichtet. Von dieser Mittelpflege sind es etwa 500 Angestellte in Aarau, am Schluss gingen jeweils noch rund 30, weil es schlicht und einfach boykottiert wurde. Sie haben es nicht mehr geglaubt. Irgendwann hatte dann der Stadtrat noch die glorreiche Idee, wir geben kein Geld, dafür zwei zusätzliche Ferientage. Dann haben die Angestellten sogar selber danach gesagt, das geht ja gar nicht, denn wenn wir nicht arbeiten, dann muss ja wieder jemand anders arbeiten, und dann ist es auch wieder mit Kosten verbunden.

Ich würde euch schwer vorschlagen, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Es geht wirklich um Wertschätzung, ich teile das Votum von Andreas Baumgartner. Es sind CHF 27 pro Monat, diejenigen die sagen, man kann sich damit nichts kaufen, ich kann mir mit CHF 27 pro Monat etwas kaufen. Ich weiss jetzt nicht wie ihr es im Coop habt und so, aber mit CHF 27 bringe ich tatsächlich noch etwas ins Körbchen.

Marcel Müller: Jetzt diskutieren wir um die 0.5%, nachher kommen die 0.3%. Sollten wir jetzt diesen 0.5% und den 0.3% zustimmen, dann sprechen wir von 0.8%. und ihr entscheidet eigentlich wie ihr es aufteilt. Das ist auch ok. Aber wir müssen auch einfach sehen, dass wir in einer Zeit sind, in welcher die Leute auch ihre Jobs verlieren. Ich habe nicht unerheblich Leute in meinem Umfeld, die nach einem Jobwechsel erheblich weniger verdienen als vorher. Da sprechen wir nicht mehr von gleichen Löhnen. Ein Lohn oder eine Stelle beim Staat, oder auch bei unserer Gemeinde, wenn man sich nicht grosse Verfehlungen zu Schulden lassen kommt, ist der sicher. Sag ich mal. Das ist in der Privatwirtschaft überhaupt nicht so, und ich bin eigentlich der Meinung, dass wir diese 0.5% ablehnen sollten. Den 0.3%, auf Grund von Ausbildungsmaßnahmen, Beförderungen was auch immer zustimmen. Zum Argument von Dieter Martin, wenn wir die 0.5% ablehnen und den 1% im Grossen Rat zugesagt wird, kann ich entgegenen. Es hat eine Zeit gegeben, in der wir zugesagt haben und der Grosse Rat nein gesagt hat, das würde sich dann auf eine Art wieder ausgleichen. Das ist für mich kein Argument, wir müssen für unsere Gemeinde schauen und nicht für den Kanton Aargau. Ob das

der Grosse Rat durchwinkt, das sehen wir dann. Ich würde es den Leuten beim Kanton gönnen, denn die haben 10 Jahre in die Tischplatte gebissen, das ist ja bei uns auch nicht der Fall. Wenn du sagst das Jahr 2014, das ist kein Zufall, im Jahr 2014 haben die finanziellen Schwierigkeiten in dieser Gemeinde angefangen. Deshalb mussten wir auch über die Löhne diskutieren, das ist klar, vorher haben wir einfach jedes Jahr mehr gegeben. Jetzt haben wir mehr Schwierigkeiten, da muss jeder seinen Beitrag leisten, ich finde 0.5% ablehnen und den 0.3% zustimmen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Antrag Finanzkommission: Die Lohnerhöhung von + 0.5%, die der Gemeinderat beantragt, sei abzulehnen.

Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag Finanzkommission: Der Lohnanpassung von zusätzlichen + 0.3% für strukturelle Anpassungen sei zuzustimmen.

Dem Antrag wird mit 33 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Antrag Finanzkommission: Die Erhöhung der Verbrauchsgebühren pro m³ gemessenen Wasserverbrauch (Abwasserbeseitigung) von CHF 1.80/m³ auf CHF 2.10/m³ sei zu genehmigen.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Antrag Finanzkommission: Die Beibehaltung der Verbrauchsgebühren pro m³ gemessenem Wasserverbrauch CHF 2 und Beibehaltung der Kehrrechtgebühren sei zu genehmigen.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, das Budget 2019 (inkl. Spezialfinanzierungen, Wasser, Abwasser, Abfall) mit einem Steuerfuss von 105 % (= unverändert), die Summe der Stellenprozentante gemäss Stellenplan zu genehmigen und für die Eigenwirtschaftsbetriebe (Spezialfinanzierungen) der Beibehaltung der Verbrauchsgebühr pro m³ gemessenem Wasserverbrauch (Wasserwerk: /CHF 2.00/m³), der Erhöhung der Benützungsgebühr pro m³ gemessenem Wasserverbrauch (Abwasserbeseitigung: neu CHF 2.10/ m³, bisher CHF 1.80/m³) per 01.10.2018 und der Beibehaltung der Kehrrechtgebühren zuzustimmen.

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Die Genehmigung unterliegt dem obligatorischen Referendum.

Christian Keller: Die Traktanden 4 bis 6 werden auf die Sitzung von morgen verschoben.

Der Präsident:

Christian Keller

Die Protokollführerin:

Romana Hächler